

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

16. Wahlperiode

Unterausschuss
„Begleitung der Energiewende
in Rheinland-Pfalz“

13. Sitzung am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –

– Elektronische Fassung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:02 Uhr

Ende der Sitzung: 15:45 Uhr

Tagesordnung:

1. Kommunalen Klimaschutz in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4873 –

dazu: Vorlagen 16/5247/5296/5297/5305/5306

– Anhörverfahren –

2. Energieeffizienz und Energieeinsparung in Rheinland-Pfalz im
Kontext der EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EEG)
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4632 –

dazu: Vorlagen 16/4847/4848/4871/4879

3. Festlegung des weiteren Verfahrens

Ergebnis:

Anhörung durchgeführt;
vertagt
(S. 2 – 26)

Vertagt
(S. 27)

S. 28

**13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –**

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Meine Damen und Herren, ich darf Sie recht herzlich zur 13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ begrüßen. Ich freue mich besonders – wenn ich das richtig sehe –, heute ein neues Mitglied des Ausschusses begrüßen zu dürfen. Das ist Herr Schlagwein. Herzlich willkommen. Sie haben die Gelegenheit, genau eine Anhörung zu hören und dann in den Schlussbericht einzusteigen.

Herr Abg. Schlagwein: Ich schließe gerade auf.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Ich darf vor allem aber auch die Gäste begrüßen: Herr Christoph Zeis, Geschäftsführer der Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH – herzlich willkommen, Herr Zeis –, Herr Diplom-Ingenieur Michael Münch, Transferstelle Bingen – herzlich willkommen – und Herr Jörg Dürr-Pucher, Clean Energy GmbH. Herzlich willkommen auch Ihnen.

Wir haben heute eine Anhörung. Das ist die letzte Anhörung. Es ist aber das erste Mal – habe ich gerade gehört –, dass der Abteilungsleiter des Ministeriums Herr Dr. Jung an dieser Stelle vorne sitzen darf oder muss, je nachdem.

(Herr Dr. Jung: Darf!)

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Ich darf Sie als Vertreter des Ministeriums herzlich willkommen heißen. Wir kommen direkt zur Anhörung und werden dann nach der Anhörung das weitere Verfahren beschließen. Ich darf Sie deswegen bitten, nach der Anhörung noch kurz zu bleiben. Das wird heute die letzte Anhörung sein, dann werden wir zu dem Verfahren der Auswertung kommen und am 15. September 2015 noch einmal eine Sitzung haben.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

**Kommunaler Klimaschutz in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/4873 –**

dazu: Vorlagen 16/5247/5296/5297/5305/5306

– Anhörverfahren –

Ich darf Herrn Zeis um seinen Vortrag bitten. Wir haben Ihre schriftlichen Ausführungen – Vorlage 16/5247 – schon seit einer Woche vorliegen.

Herr Christoph Zeis
Geschäftsführer der Energiedienstleistungsgesellschaft Rheinhessen-Nahe mbH

Herr Zeis: Ich habe eine kleine PowerPoint-Präsentation vorbereitet, die ich in Ergänzung dazu als Grundlage an die Wand werfen will. Sie sehen das dort vor sich, hoffe ich, oder?

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Ja, wir sehen das jetzt vor uns. Wir haben die Bildschirme hochgefahren. Ich darf Sie noch um etwas bitten. Wir haben normalerweise eine Viertelstunde Vortrag vereinbart. Anschließend besteht die Möglichkeit, direkt nachzufragen.

Herr Zeis: Ich habe es aus den Erfahrungen aus anderen Anhörungen hier so gemacht, dass ich den Vortrag ein bisschen vorbereitet habe. Wenn das zu lang dauern sollte, können Sie es mir einfach sagen. Dann kann man das entsprechend übergehen.

(Herr Zeis unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer
PowerPoint-Präsentation – Vorlage 16/5306 –.)

Zunächst einmal Folgendes: In der Stellungnahme ist mir ein kleiner Fehler unterlaufen, und zwar bei der Verbandsgemeinde Rhein-Selz. Dort steht noch Nierstein-Oppenheim. Sie sehen hier die Struktur unserer Energiedienstleistungsgesellschaft (EDG), die 1998 vom Kreis Mainz-Bingen gegründet worden ist. Inzwischen sind wir im 17. Jahr tätig.

Nachdem der Kreis Bad Kreuznach 2003 und der Kreis Alzey-Worms 2009 dazugekommen sind, sind noch eine ganze Reihe weiterer Gesellschafter auf der Verbandsgemeindeebene bei uns mit eingestiegen mit dem Ziel, in den öffentlichen Gebäuden – Schulen, Verwaltungsgebäude, Schwimmbäder, Altenheime, Krankenhäuser und dergleichen mehr – veraltete energieintensive Anlagen mit einem Contracting-Modell zu ersetzen.

Es ist so zu verstehen, dass wir auf dieser Grundlage Technologien der effizienten und erneuerbaren Energieverwendung einsetzen, und nur diese. Wir würden also nicht mehr irgendwo in einer Schule, die eine Ölheizung hat, wieder eine Ölheizung einsetzen. Entweder machen wir das effizient und/oder erneuerbar, oder eben gar nicht.

Das Ganze ist in ein komplettes Energiemanagement eingebettet, bei dem das an unsere Kunden geliefert wird, was sie brauchen, nämlich Nutzenergie, Wärme, Strom und in zunehmendem Maße auch Kälte, Klimatisierungskälte. Das hat auch etwas mit dem Klimawandel zu tun, gerade in öffentlichen Gebäuden.

Wir kümmern uns dort um alles, Planung, Finanzierung, Bau, Betrieb, und machen dort auch den Energieeinkauf. Wir haben sozusagen ein Rundum-sorglos-Paket für unsere – im Wesentlichen – kommunalen Kunden.

„Wende hört bei Heizung auf“: Das ist ein Thema, das gerade beim Klimaschutz sehr stark relevant ist. Die Energiewendediskussion, die im Zusammenhang mit dem Klimaschutz gesehen werden muss, ist im Grunde genommen eine Medaille mit zwei Seiten, die zusammengehören. Es gibt sicherlich noch andere Klimaschutzaspekte, aber die Energiewende spielt dort die Hauptrolle. Sie ist in den letzten Jahren sehr stark stromorientiert gewesen. So ist es immer noch.

Wenn man sich aktuelle Untersuchungen und Studien anschaut, geht es nach wie vor um Strom, Strompreis und Stromerzeugung. Energieeinsparung und Energieeffizienz spielen aber nach wie vor eine untergeordnete Rolle. Wenn dann in der „Allgemeinen Zeitung“ vom 14. Mai 2013 gestanden hat, dass dies dem Grunde nach die Achilles-Ferse ist, ist das nur ein Zeichen dafür, dass es dort einen riesigen Handlungsbedarf gibt. Jetzt hat die Bundesregierung zwar mit dem NAPE, also dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, einen neuen Weg eingeschlagen. Man erkennt, dass hier viel zu tun ist und etwas gemacht werden muss, auch in Verbindung mit der Energieeffizienz-Richtlinie auf europäischer Ebene. Nach wie vor spielt es aber eine untergeordnete Rolle.

So etwas wie das, was Sie hier sehen, finden Sie in vielen, vielen tausend Kellern in öffentlichen Gebäuden, Privatgebäuden und gewerblichen Gebäuden vor. Wenn wir dann mit unserem Contracting-

13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –

Modell tätig geworden sind, mit Investitionen, die wir außerhalb der öffentlichen Kassen finanzieren, über Einsparungen und langfristige Verträge, dann sieht das zum Beispiel so wie im Elisabeth-Langgässer-Gymnasium in Alzey aus, wo wir dort hinten ein Blockheizkraftwerk mit einem großen Pufferspeicher haben. Hier vorne ist auch die Wärmehauptverteilung dabei, mit Hocheffizienzpumpen, die in unserem Umfang mit enthalten sind. Wir kümmern uns auch um die entsprechenden Einsparungen, Optimierungen und hydraulischen Einstellungen bei den jeweiligen Verbrauchern, ob das Heizkörper, Lüftungsanlagen, Wasserbereitung und dergleichen mehr sind.

So ist das eigentlich immer angelegt, ganzheitlich zu versuchen, die Energieaufgabe zu lösen, und nicht nur ein Gebäude an sich anzuschauen, sondern auch links und rechts des Weges zu schauen, um dann mehrere Gebäude an ein Nahwärmenetz anzuschließen, damit man so etwas kapitalintensives wie ein Blockheizkraftwerk mit einer Holzfeuerungs- oder Biomasseanlage wirtschaftlich betreiben kann.

Entscheidend aber ist, dass es nicht nur um die Erzeugung geht, sondern auch um die Verbraucherseite. In dieser Anhörung geht es um kommunalen Klimaschutz. Man wird darüber noch weiter sprechen.

Ich wollte Ihnen gerne eine Folie zeigen, der ich noch ein bisschen Zeit widmen und lieber etwas anderes weglassen möchte, nämlich diese Folie hier, die aufzeigt, wie viel CO₂-Äquivalent-Emissionen bei der Erzeugung einer Kilowattstunde Strom entstehen. Sie sehen es von oben nach unten. Oben ist das Braunkohlekraftwerk. Es ist bekannt, dass dort über 1.100 g CO₂ pro Kilowattstunde Strom entstehen. Das nächste ist Steinkohle. Wenn Sie weiter nach unten kommen, steht auf einmal der Begriff „Heizkraftwerk“ dort. Das bedeutet, dort wird Fernwärme ausgekoppelt.

Wenn man noch weiter nach unten kommt, kommt man auf die dezentralere Seite. Hier steht beispielsweise ein Erdgas-Blockheizkraftwerk, von dem wir ganz viele – inzwischen 100 Stück – in unserer Region betreiben. Dort sieht man jetzt, dass hier als Zahl 49 g pro Kilowattstunde steht. Die Zahlen kommen nicht von mir, sondern vom Ökoinstitut. Das ist das Institut, das das in der Wissenschaft und fachlich allgemein anerkannte GEMIS-Modell – das Globale Emissions-Modell integrierter Systeme – entwickelt hat und fortschreibt, das die CO₂-Emissionsfaktoren der Brennstoffe ermittelt.

Sie sehen hier, dass ein Erdgas-Blockheizkraftwerk unter 50 g pro Kilowattstunde liegt. Oben drüber sehen Sie beispielsweise die Photovoltaik. Ein fossil mit Erdgas betriebenes Blockheizkraftwerk hat nur halb so viel CO₂-Emissionen wie eine Photovoltaikanlage. Woran liegt das? Das liegt daran, dass in dem GEMIS-Modell der Lebenszyklus betrachtet wird, einschließlich Kraftwerksbau, Rückbau, Rohstoffförderung, Transport etc. Das sind keine Zahlen, die von mir stammen, sondern sie kommen vom Ökoinstitut.

Das Entscheidende ist nun, wenn man weiterdenkt, wie man dort noch mehr tun kann, sind wir irgendwann beim Biogas, mit dem man sogar Negativeffekte erzielen kann, weil der eingesetzte Brennstoff kaum mehr CO₂-Emissionen verursacht, nur so viel, wie bei seiner Gewinnung, seiner Herstellung und dem Transport noch anfallen. Zunächst einmal ist aber erneuerbare Energie CO₂-neutral, wie das bei Holz ist. Sie wissen auch, warum das so ist. Irgendwann entstehen negative Effekte.

Nun hat gerade hier der Gesetzgeber 2014 im EEG dafür gesorgt, dass Biomethan, also auf Erdgasqualität aufbereitetes Biogas, dem Grunde nach wirtschaftlich unmöglich gemacht worden ist. Wir hatten in den Jahren 2010 bis 2014 durchaus einiges bei der Umstellung von Erdgas auf Biomethan gemacht. Das ist jetzt aber leider nicht mehr möglich.

Sie sehen hier natürlich auch so etwas wie Kernenergie, die sehr, sehr günstige CO₂-Emissionen hat. Man kann daran auch erkennen, warum ein Land wie England sagt, wir wollen Kernenergie, wir wollen Kernkraftwerke bauen. Sie wollen dafür ein Einspeisegesetz haben. Das ist auch gemacht worden. Dann bekommt man eine 11-Cent-Kilowattstunde und mehr mit einem Einspeisegesetz, während wir in Deutschland aus der Kernenergie ausgestiegen sind. Das ist mit gesundem Menschenverstand nicht mehr nachvollziehbar.

Zur Kraft-Wärme-Kopplung: Die Anwesenden wissen in der Regel, dass ich ein KWK-Mann bin und wir in diesem Bereich sehr, sehr viel gemacht haben. Sie ist die Hocheffizienztechnologie Nummer 1.

**13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –**

Keine andere Technologie vermag ein solches Primärenergieeinsparpotenzial und damit auch CO₂-Emissionen einzusparen wie diese, weil sie nicht nur Strom erzeugt wie ein konventionelles Kraftwerk, sondern auch die Wärme nutzbar macht. Man koppelt Abwärme aus, statt sie über Kühltürme wegzublenden, und beheizt damit Wohngebiete, Städte, Gemeinden, Nahwärmenetze, Objektversorgung und dergleichen mehr.

Das geht über die gesamte Leistungskulisse, von der Brennstoffzelle bis hin zu großen Heizkraftwerken, wie sie in Mainz auf der Ingelheimer Aue stehen und ein Fernwärmenetz betreiben, aber auch in der Objektversorgung, in Mehrfamilienhäusern, Schulen, Verwaltungsgebäuden oder der Industrie mit Gasturbinen und dergleichen mehr.

Das Besondere ist, über die Technologiekulisse hat man auch im Brennstoffeinsatz eigentlich alle Möglichkeiten, die es nur gibt, ob das Erdgas ist, das eine Hauptrolle spielt, oder in zunehmendem Maße auch Biogas – soweit das in der eigenen Erzeugung möglich ist, weniger über den Erdgasabtausch –, aber auch Holz und Stroh mit verschiedensten Prozessen sowie Siedlungsabfälle, die verstärkt zum Einsatz kommen.

Das Entscheidende ist, man setzt den Brennstoff ein, man erzeugt Strom, und die Wärme ist sowieso vorhanden. Diese macht man für Heizzwecke oder industrielle Prozesse nutzbar, mit Primärenergieeinsparungen zwischen 30 % und 50 % und CO₂-Einsparungen, wenn es erneuerbar wird, bis zu 80 % gegenüber der konventionellen Versorgung.

Das ist ein ganz wichtiges Thema, über das auf Bundesebene zurzeit diskutiert wird. Wir stehen vor einer Novelle des KWKG. Leider Gottes ist dort zurzeit eine Richtung erkennbar, die unter Umständen dafür sorgen wird, dass gerade in der hocheffizienten, dezentralen und CO₂-sparsamsten Versorgung jegliche Förderung über die Zuschläge, die gesetzlich geregelt sind, wegfallen, weil man argumentiert, man müsse die 750 Millionen Euro, die im KWKG stehen, für die Bestandsanlagen verwenden. Dann ist für die neuen und den Ausbau nichts mehr da.

Man kann aus rheinland-pfälzischer Sicht wirklich nur hoffen, dass man sich für die Dezentralität stark macht; denn große Fernwärmeversorgungen gibt es in Rheinland-Pfalz kaum. Wir reden hier über Städte und Gemeinden, die keine Fernwärme haben und auch nie bekommen werden. Wir reden also über Quartierswärmeversorgung, Objektversorgung, Arealnetze und dergleichen mehr. Dort sind wir im kleineren Leistungsbereich zu Hause. Rheinland-Pfalz sollte über den Bundesrat versuchen, darauf Einfluss zu nehmen.

Zum Biomethan: So sieht so etwas dann aus. In einem Neubaugebiet in Nieder-Olm haben wir das. Das haben wir 2010 auf Biomethan umgestellt. Die Effekte haben Sie eben gesehen. Das zeige ich Ihnen deswegen, weil man sieht, dass in einem kleinen Gebäude – wenn man die Schornsteine nicht sehen würde, würde man denken, es ist ein Einfamilienhaus – die Energiezentrale für 650 Wohneinheiten sitzt. Diese 650 Wohneinheiten, an einem Weinberg gelegen, haben keine Heizungsanlagen mehr. Sie bekommen ihre Energie von uns.

Zu dieser Folie sage ich nicht allzu viel. Ich will Ihnen nur zeigen, dass wir im Energiemanagementsystem natürlich alle Werte erfassen. Wir messen Strom, Wärme und Gas. Wenn Sie das tun, können Sie auch CO₂ und die Wirkungsgrade bestimmen. Da wir hier eine Brennwertnutzung haben, messen wir dort durchaus auch Wirkungsgrade von 100 % und mehr, mit ganz beachtlichen CO₂-Einsparungen.

Wir hatten dort im Jahr 2000 ganz klassisch mit Erdgas, einem BHKW und dazu einem Spitzenlastkessel angefangen, alles erdgasbetrieben. Wenn Sie das mit konventioneller Versorgung verglichen haben – das Referenzsystem wären Erdgasheizungen und Strom aus dem Netz gewesen –, hatten wir schon bis 2010 eine Einsparung von 40 % CO₂-Emissionen gehabt. Über die Umstellung auf Biomethan haben wir diese CO₂-Einsparung auf fast 3.000 Tonnen oder 65 % gebracht.

Mit 3.000 Tonnen kann keiner etwas anfangen, aber hinter der Zahl von 3.000 Tonnen CO₂ steht ein Heizöläquivalent von 1 Million Liter, die jetzt jedes Jahr eingespart werden. Wenn Sie so wollen, ist das Wertschöpfung. Schreiben Sie einen Preis dahinter, dann hören Sie Herrn Professor Eckhaus,

wie er mit seiner Wertschöpfung und seine Stoffkreisläufen kommt und sagt, das ist hier bei uns regional vor Ort.

Das ist aber mit den aktuellen Entwicklungen so gar nicht mehr möglich. Auch dort ist eine Industrie entstanden. Viele Biogasanlagenbetreiber haben sich auf den Weg gemacht, um das Biogas auf Erdgasqualität aufzubereiten. Denen brechen jetzt die Märkte weg. Auch dort sind übrigens viele Arbeitsplätze für Menschen entstanden, die jetzt vor dem Nichts stehen.

Man kann auch Kraft-Wärme-Kälte-Kopplung machen. Man kann Abwärme also nutzen, um Kälte zu erzeugen. Das ist hocheffizient. Es spart gewaltige CO₂-Emissionen gegenüber Kompressionskälte ein. Das haben wir inzwischen auch angefangen. Das ist in einem Weingut in Osthofen. Ich zeige das deswegen, weil man hier sieht, bei allen unseren Anlagen – auch eben schon – haben wir immer mehr oder minder große Pufferspeicher dabei, um Wärmeerzeugung und -bedarf zu entkoppeln, um aus diesen Speichern die Energie zu entnehmen, was natürlich auch Flexibilität schafft, mit Blick auf virtuelle Kraftwerke und darauf, die Anlagen dann laufen zu lassen, wenn der Stromverbrauch hoch ist.

Das Besondere ist nun, dass man diese Anlage das ganze Jahr laufen lassen kann, weil sie im Sommer in diesem speziellen Falle nun aus Abwärme Kälte erzeugt, die dieses Weingut inzwischen in der Sektmanufaktur braucht und die wir dort zur Verfügung stellen.

Herr Abg. Hürter: Darf ich eine Zwischenfrage stellen?

Herr Zeis: Na klar.

Herr Abg. Hürter: Führen diese großen Speicher dazu, dass Ihre Anlagen generell stromgeführt sind, oder wie sieht das in der Praxis aus?

Herr Zeis: Vielen Dank, das ist eine sehr gute Frage. Nein, wir haben schon wärmegeführte Anlagen. Aber durch diese großen Pufferspeicher, die wir immer so groß bauen, wie es geht – das hängt von den Räumlichkeiten vor Ort ab –, machen wir einen wärmegeführten stromoptimierten Betrieb.

Das heißt, sie laufen eigentlich immer wärmegeführt, aber auch mit einem Leistungssignal. Wenn viel Strom gebraucht wird, lassen wir sie auch dann laufen, wenn keine Wärme gebraucht wird, fahren in den Speicher rein, lassen dort ein gewisses Potenzial übrig und fahren damit dann unsere Lastspitze. Das ist dann aber unsere Lastspitze, nicht die des Netzes, womit es eigentlich identisch ist.

Diese Diskussion, ins öffentliche Netz eingespeister Strom ist guter KWK-Strom und selbst verbrauchter ist der schlechte, ist nämlich physikalisch Blödsinn. Das muss man so sagen. Deswegen driftet diese Diskussion zurzeit leider Gottes in eine Richtung ab, die uns jedenfalls als dezentrale Energieleute gar nicht gefallen kann. Das machen wir also generell so.

Ich möchte Ihnen ein Beispiel aus unserem Haus zeigen und Sie noch einmal herzlich einladen, nach Nieder-Olm zukommen. Das ist auch nicht so weit. Wir betreiben dort seit 2007 – damals haben wir das Haus gebaut – eine erneuerbare Versorgung mit Holz, Holzpellets und einer Solarthermieanlage und haben vor gut drei Jahren eine Brennstoffzelle dazu installiert, die als das Paradebeispiel stromerzeugender Heizungen anzusehen ist, mit der wir mit höchsten elektrischen Wirkungsgraden von 60 % praktisch unseren Eigenstrombedarf dort decken und nur ganz wenig Wärme auskoppeln.

Das ist übrigens ein Beispiel dafür, wie man im Gewerbe, im Kleingewerbe, in der Bäckerei, in Metzgereien und dergleichen mehr solche Anlagen bauen kann, auch dort, wo der Wärmebedarf fast gegen null geht. Das ist ein Markt, der jetzt ganz groß kommt und zu dem viele Hersteller viele, viele Jahre geforscht und sich aufgestellt haben und auf dem inzwischen endlich Anlagen verfügbar sind.

Das ist eine Technologie, die im Vergleich zur konventionellen Versorgung auch in einem Haus eine CO₂-Einsparung von immerhin 5 Tonnen pro Jahr bringt, für einen relativ kleinen Anwendungsfall. Dort ist nämlich eine so hohe elektrische Ausbeute vorhanden, wie sie kein GuD-Kraftwerk dieser Welt schafft, bei nur 1,5 KW elektrisch, aber dafür 8.000 Stunden, 13.000 kWh.

**13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –**

Dort sehen wir ein großes Potenzial – gerade in der kommunalen Energieversorgung, im kommunalen Klimaschutz – und für die Stadtwerke ein Betätigungsfeld, in die Häuser zu kommen, in Verbindung mit Energieeinsparverordnungen und dem Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, die diese Anlage erfüllt. Das ist ein riesiger Fortschritt. Wir glauben, dass das ein entsprechendes Potenzial entfaltet.

Ich wollte Ihnen gerne einmal zeigen – ich komme dann auch schon bald zum Schluss –, was das nun eigentlich für einen Landkreis wie Alzey-Worms gebracht hat. Den habe ich einmal mit den Anlagen, die wir mit dem Einstieg bei uns definiert haben, aufgezeigt. Der Kreis Alzey-Worms verfügte – wie auch Mainz-Bingen vorher – über einen ziemlich stark veralteten Anlagenpark und hatte hohe Energieverbräuche auf der Erzeugungsseite. Wir haben dann diese zehn Anlagen, die man hier sieht, die zehn Gebäude in den Jahren 2010 bis 2012 alle modernisiert. 2009 sind sie dazugekommen.

Wir haben 2,6 Millionen Euro investiert. Es gab nämlich auch Fördergelder, insbesondere durch das 2009 in Rheinland-Pfalz aufgelegte Programm im Rahmen des Konjunkturprogramms II für erneuerbare Energien und Wärmeerzeugung. Das gab es übrigens nur in Rheinland-Pfalz. Davon kann sich Baden-Württemberg etwas anschauen. Wie gesagt, geht das aber umgekehrt auch.

Dort haben wir die Fördergelder, die möglich waren, nutzbar gemacht und sie natürlich dem Kreis in Form abgesenkter Wärmepreise weitergegeben. Das sehen Sie hier. Das Ergebnis dieser Aktion war, in drei Jahren haben wir im Grunde genommen – ohne ins Detail zu gehen – die Energiekennzahlen, bezogen auf den Quadratmeter beheizte Fläche, drastisch reduziert, mit KWK und Nahwärmenetzen, mit erneuerbaren Energien auf Holzbasis, um sage und schreibe 5.500 MWh Primärenergieeinsparung. Versprochen hatten wir 40 %, geschafft haben wir 68 %. Das entspricht 410.000 l Heizöläquivalent pro Jahr.

Was ich damit sagen will: Ob Mainz-Bingen, Bad Kreuznach oder Alzey-Worms, das kann man überall machen. Es gibt auch keinen Grund, das nicht zu tun. Das Potenzial ist überall vorhanden. Man wartet eigentlich vorher darauf, dass man mit entsprechenden Modellen – – Das können Stadtwerke genauso gut. Wenn man einen Eigenbetrieb gründet, den man vielleicht an die Wasserversorgung der Verbandsgemeinde dranhängt, wie wir das beispielsweise in Hachenburg oder Simmern gemacht haben, ist es durchaus möglich, dort auch selbst zu organisieren. Dazu muss man nicht unbedingt eine solche EDG gründen.

Ich möchte ganz gerne ein paar Botschaften loswerden, weil ich glaube, dass es wichtig ist, was aus der Sicht eines Landes getan werden kann, um in der Kommune voranzukommen. Die Anforderungen an den Klimaschutz und die Energiewende sind zwei Seiten derselben Medaille. Die Energieeinsparung ist die Hauptaufgabe. Sie kommt völlig zu kurz.

Wir hatten im Jahr 2009 einmal ein ICAP I. Damals war die Große Koalition auf Bundesebene an der Regierung, mit einem Bundesumweltminister, der jetzt Bundeswirtschaftsminister ist. Sie haben an erste Stelle Energie einsparen gesetzt: Energie einsparen, Energieeffizienz, erneuerbare Energien. Wenn die ersten beiden Aufgaben erledigt sind, soll die dritte, erneuerbare Energien, wieder dargestellt werden, und nicht etwa umgekehrt. Zurzeit läuft es umgekehrt.

Wir haben die Energieeffizienz. Die Energieeffizienz ist ein schlafender Riese, der geweckt werden muss. Dazu hat NAPE, der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz, jetzt auf Bundesebene eingeladen. Dort wird einiges folgen, zum Beispiel auch im Contracting-Bereich, der gestärkt werden soll, weil solch komplexe Aufgaben oftmals nicht allein gelöst werden können.

Wir haben erneuerbare Energien nachhaltig voranzutreiben. Ich will nur das EDL-G, das Energiedienstleistungsgesetz, anschneiden, bei dem gerade die Kommunen angehalten sind, mit Vorbild voranzumarschieren.

Wir haben die KWK. Das habe ich Ihnen hinreichend gesagt, das ist Hocheffizienz für die Eigenerzeugung, die zurzeit schwere Wege zu gehen hat. Seit 2014 ist die Eigenerzeugung mit der EEG-Umlage für Strom, der das öffentliche Netz gar nicht berührt, belastet. Eigentlich sind das falsche Wege, die dort aufgezeigt worden sind, anstatt andere zu gehen, aber so ist es nun.

13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –

Wenn jetzt auch noch der KWK-Zuschlag in der Novelle des Gesetzes wegfällt, dann war es das mit der dezentralen KWK. Dann können wir aufhören. Das kann nicht im Sinne von Rheinland-Pfalz als Flächenbundesland sein.

Energiemarktdesign: Klimastrommarkt habe ich das einmal genannt, statt Merit Order. Sie wissen, die Merit Order ist sozusagen der Strommarkt – der es sowieso nie gewesen ist –, wo die Erneuerbaren zu null hineingehen. Er besteht also im Grunde aus variablen Kosten. Die Erneuerbaren haben keine oder nur geringfügige variable Kosten. Er ist also null, er geht mit null hinein. Das nächstgünstige Kraftwerk setzt den Preis fest. Das ist die Braunkohle.

Sie kennen die Diskussion auf Bundesebene, wie in zwei Bundesländern wieder mit Braunkohle argumentiert wird, die dort ihre Interessen sehen. Das kann man auch nachvollziehen. Wenn man es aber genau besieht, müsste aus Klimaschutz Gesichtspunkten die Kohle natürlich aus dem Markt raus. Man kann doch nicht immer mit Arbeitsplätzen argumentieren. Es ist vorbei. Es ist eine Frage einer kurzen Zeit, dann ist es ohnehin vorbei.

Deswegen muss man diesen Merit-Order-betriebenen Strommarkt umändern. Hocheffizienztechnologien, KWK, GuD- und Gaskraftwerke werden reihenweise abgeschaltet, weil sie nicht mehr im Geld sind, stattdessen lässt man Braunkohlekraftwerke laufen. Dieser Markt muss anders organisiert werden.

Dass das nicht alleine geht, sondern im europäischen Kontext gemacht werden muss, ist klar. Ich hatte es eingangs schon gesagt: Es kann nicht sein, dass wir aus der Kernenergie aussteigen – letzten Endes hat Angela Merkel nach Fukushima über Nacht beschlossen, dort auszusteigen, obwohl es schon einen Ausstiegsplan gab –, und jetzt kommt England und sagt, wir wollen ein Einspeisegesetz für ein Atomkraftwerk haben. Interessanterweise ist das beihilferechtlich in Ordnung, wogegen geklagt wird.

Es muss zumindest der Versuch gestartet werden, dass man auf europäischer Ebene für vergleichbare Spielregeln sorgt. Das sind dicke Bretter, aber irgendwann muss man damit anfangen. Dänemark macht es schließlich auch vor.

Wärmedämmung ist zurzeit auch ein heiß diskutiertes Thema, wenn man den „SPIEGEL“ verfolgt. Es ist aber nach wie vor so, dort sind wir mit den Energieagenturen und den Verbraucherzentralen auf einer Spur. Es ist ein Dauerkonjunkturprogramm, nicht nur das, sondern es ist auch schlicht notwendig, dort voranzukommen; denn dort liegt das Hauptpotenzial der Einsparung.

Energieautarke Gemeinden: Kommunaler Klimaschutz ist jetzt wieder das Thema. Wir glauben, dass dort ganz viel machbar ist, wenn in den Gemeinden ohnehin Straßenbauarbeiten stattfinden und die Straße aufgerissen wird. Gestern war ich in Birkenfeld. Dort machen wir gerade ein großes Projekt. Wenn sowieso Wasserleitungen oder Kabel verlegt werden oder der Kanal saniert wird und die Straßen ohnehin aufgerissen werden, ist dann der richtige Zeitpunkt, über die Installation eines Nahwärmenetzes nachzudenken und die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen, in welcher Organisationsform auch immer.

Last but not least, ohne Anspruch auf Vollständigkeit: dezentrale Energieversorgung, Energienetze, -erzeugung und -speicher, Rekommunalisierung mit der Überzeugung, dass Strompreise nur der gestalten kann, statt sie hinzunehmen, der auch Strom erzeugt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Ich hoffe, ich habe die Zeit nicht über Gebühr strapaziert.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank für den Vortrag, Herr Zeis. Davon kann man fast alles absolut unterstreichen. Ich darf Sie fragen, ob Sie uns eventuell auch diesen Vortrag noch einmal schicken könnten, damit wir ihn an die Mitglieder verteilen können.

Herr Zeis: Er ist schon dort abgespeichert.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Wir haben ihn also schon. Vielen Dank. – Es gibt mehrere Nachfragen.

Herr Abg. Dr. Mittrücker: Vielen Dank, Herr Zeis. Ich habe drei Fragen. Erstens, wenn Sie Schulen oder öffentliche Gebäude beraten und Kalkulationen vorlegen: Mit welchen Amortisationszeiträumen rechnen Sie, damit sich das überhaupt rentiert? Mich würde einmal interessieren, in welcher Bandbreite diese Zeiten normalerweise von Ihnen akzeptiert werden, damit es sich Ihrer Meinung nach rechnet.

Zweitens, was mir sehr gut gefallen hat, war, dass man den Lebenszyklus eines Kraftwerkes betrachtet und nicht nur den Betrieb als solchen. Darf ich davon ausgehen, dass in den Zahlen, die Sie an die Wand geworfen haben, die Produktion, der Transport, die Entsorgung und der Betrieb mit enthalten sind?

Drittens, bei der Kraft-Wärme-Kopplung komme ich auf die Grafik des Lebenszyklus zurück. Dort steht oben drüber: Erzeugung einer Kilowattstunde. Das ist korrekt. Die Frage ist natürlich auch: Sind die Verluste nach dem Kraftwerk mit beachtet? Wenn ich nämlich Strom transportiere, wissen wir alle, dass dies im endlichen Bereich Verluste produziert. Wenn ich aber kilometerweise Wärme transportiere, könnten die Verluste durchaus größer sein. Diese Verluste müssten dann bei der CO₂-Berechnung nach dem Kraftwerk, nicht nur die Erzeugung als solche, mit beachtet werden. Meine Frage lautet, ob das mit dabei ist.

Dann habe ich noch eine weitere Frage. Ich glaube fast nicht, dass Sie sie beantworten können, weil sie so komplex ist. Es ist korrekt, wenn Sie sagen, die Kraft-Wärme-Kopplung ist überall einsetzbar. Es gibt aber zwei Bedingungen. Sie brauchen die Quelle und die Senken, damit es sich optimal rechnet.

Wir haben in Rheinland-Pfalz – und in allen anderen Bundesländern logischerweise auch – unterschiedliche Strukturen. Wir können nicht überall Kraft-Wärme-Kopplung einsetzen, die sich an jedem Standort rechnet, weil die Senken hierzu in aller Regel Mangelware sind. Wir haben nicht überall die Freibäder, die wir beheizen können. Wir haben nicht immer irgendwelche anderen Dinge, die wir entsprechend mit Wärme versorgen können.

Gibt es eine überschlägige Rechnung, wie viele Kraft-Wärme-Kopplungen sich eigentlich rechnen, um ermitteln zu können, was die Kraft-Wärme-Kopplung zur gesamten Diskussion der erneuerbaren Energien bzw. zu diesen Kraft-Wärme-Kopplungs-Systemen beiträgt?

Das sind die Fragen, die ich gerne von Ihnen beantwortet hätte. Vielen Dank.

Herr Zeis: Ja, gerne.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Entschuldigung, wir machen es jetzt so, dass Sie tatsächlich direkt darauf antworten können. In Anbetracht der Zeit – die Fragen von Herrn Mittrücker kann man bestimmt stundenlang beantworten – würde ich Sie aber bitten, ganz knapp zu antworten, damit die anderen auch zu ihrem Rederecht kommen. Danke.

Herr Zeis: Zu den Amortisationszeiten: Die Verträge sind langfristig angelegt, zwischen zehn und 15 Jahren. Das kann der Kunde wählen. In diesen Zeiträumen – zehn Jahre – amortisiert sich in der Regel auch ein Blockheizkraftwerk. Es wird über diese Zeit abgeschrieben. Sie brauchen hier langfristige Verträge, sonst kann man aus den Einsparungen heraus nicht die entsprechenden Mittel generieren, um die Investitionen zu refinanzieren.

Zum Lebenszyklus: Die Verluste sind drin. Deswegen sind auch bei niederspannungserzeugtem Strom mit einem BHKW, das vorab den Strom nutzt, die Verluste nahezu null.

Bei der Kraft-Wärme-Kopplung ist es so, wir setzen sie in Schulen und Verwaltungsgebäuden – nicht nur in Schwimmbädern – ein. Wenn Sie diese Anlage richtig dimensionieren und mit einem entsprechend großen Pufferspeicher ausstatten, erreichen Sie auch mit einer solchen KWK-Anlage in einem Kindergarten oder einer Grundschule – davon haben wir ganz viele – über 5.000 Vollbenutzungsstunden, womit ein wirtschaftlicher Betrieb ermöglicht wird.

Das ist eigentlich überall machbar. Es hängt nur von der Wärmedichte ab. Das ist richtig. Wenn ich aber zum Beispiel in ein Mehrfamilienhaus schaue – dort gibt es was weiß ich wie viele –, dann ist in jedem eine solche Anlage dem Grunde nach einsetzbar. Das Potenzial ist gerade aktuell – wenn ich das noch sagen darf – abgeschätzt worden. Im Rahmen der KWK-Modelle war ein Monitoring-Bericht zu machen. Den hat vorrangig Prognos gemacht. Sie sehen riesige Gemeinsamkeiten, gerade für die KWK, mit den Erneuerbaren und sagen, wir haben eine Zahl von 150 Terawattstunden. Das sind diese berühmten 25 %, die auch im KWKG stehen, das übrigens auch zur Diskussion steht.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank.

Herr Abg. Dötsch: Meine Frage baut im Prinzip auf dem auf, was Herr Dr. Mittrücker gefragt hat. Es ist eine Ergänzungsfrage dazu. Sie haben uns diese Tabelle vorgelegt, in der auch die CO₂-Äquivalente enthalten sind. Dort haben Sie ausgeführt, ein Erdgas-Blockheizkraftwerk setzt 49 CO₂-Äquivalente frei.

Die Frage ist: Gilt das für Blockheizkraftwerke, die das ganze Jahr über entsprechend Wärme abgeben, oder gilt das auch für Blockheizkraftwerke, die nur im Winter Wärme abgeben oder wesentlich weniger Wärmestunden haben? Dort müssten doch meines Erachtens die CO₂-Werte ein gutes Stück höher sein. Oder haben Sie so gerechnet, dass Sie die Blockheizkraftwerke nach dem entsprechenden Wärmebedarf fahren? Dann hätten Sie schließlich zu jeder Zeit die optimalen Werte.

Herr Zeis: Die Frage ist natürlich sehr spezifisch. Zunächst einmal gilt: Wenn diese Anlage läuft, ist es egal, ob 2.000 oder 5.000 Stunden im Jahr. Die Zielvorgabe ist, sie soll gar nicht mehr 5.000 oder 6.000 Stunden laufen. Sie soll flexibel sein und weniger laufen. Sie soll lieber eine höhere Leistung haben und kleiner ausgelegt sein. Sie soll dann laufen, wenn die Heizperiode ist, im Winter. Im Sommer hat man die Sonne, dann braucht man die KWK sowieso nicht. Wenn diese Anlagen aber laufen und Wärme erzeugen, gilt diese CO₂-Einsparung nur, wenn Sie die Wärme nutzen, sonst nicht.

Das ist völlig klar: Wenn sie statt 5.000 nur noch 2.000 Stunden arbeiten und stattdessen die Wärme aus dem Kessel holen müssen, der keine CO₂-Einsparung hat, ist das ein großes Problem der Fernwärmeversorgung, auch in Mainz. Dann wird natürlich die CO₂-Emission steigen.

Herr Abg. Dötsch: Also ist das hier der optimale Wert, und bei gleichzeitiger Nutzung wird es etwas schlechter?

Herr Zeis: Ja, bei Wärme- und Stromnutzung.

Herr Abg. Schlagwein: Vielen Dank auch von meiner Seite. Eine Vorbemerkung: Die Atomenergie werden wir natürlich nicht nur unter CO₂-Aspekten werten, aber das wollten Sie uns wahrscheinlich auch nicht mitteilen. Insofern ist aber die CO₂-Darstellung natürlich interessant. Ich nehme einmal mit, Sie wollen am Ausbauziel Kraft-Wärme-Kopplung, Strom aus Kraft-Wärme-Kopplung – Sie haben die 25 % bis 2020 genannt – unbedingt festhalten.

Sie haben zu Recht gesagt, sie scheint ein wenig zur Disposition zu stehen. Sie wollen aber daran festhalten, unter anderem unter den CO₂-Gesichtspunkten. Das Problem ist leider nur – um das noch einmal auf den Punkt zu bringen –, dass sich die guten CO₂-Werte der KWK nicht automatisch in Anlagenausbau und Marktanteile übersetzen, sondern dass wir die richtigen Instrumente einsetzen müssen, um dort hinzukommen, dieses 25 %-Ziel zu erreichen.

Sie hatten das Stichwort Braunkohle genannt. Ganz am unteren Ende, also am positiven Ende Ihrer Skala, stand Kraft-Wärme-Kopplung mit Biogas betrieben. Das ist noch nicht ganz tot. Das stand in Ihren schriftlichen Unterlagen irgendwo drin.

(Herr Zeis: Ja.)

Zur EEG-Gesetzgebung gibt es noch den Aspekt, wie eigentlich die Kommunen aufgestellt sind. Wenn wir die richtigen Instrumente einmal in die Hand nehmen: Wie bekommen wir die Kommunen dazu, diese Effizienzpotenziale zum Beispiel im Gebäudebestand in den Kommunen vor Ort zu heben? Stichwort Städtebauförderung: Könnten wir dort vielleicht noch einmal nachjustieren? Ich glaube,

Sie hatten es in einem Satz erwähnt, energetische Quartierskonzepte, hin zur Gemeinschaftsanlage, Nahwärmelösungen im Quartier. Wenn Sie noch einmal stichpunktartig die Maßnahmen, die Instrumente darstellen, die wir jetzt brauchen, um wirklich mit der KWK voranzukommen, wäre ich Ihnen dankbar.

Herr Zeis: Es geht allem voran natürlich darum, die Sensibilität zu schärfen. Dafür braucht es die Energieberatung. Wir haben jetzt viele Klimaschutzkonzepte und Klimaschutzmanager in den Kommunen. Diese müssen natürlich jetzt die entsprechenden Ratsmitglieder und Kreistagsmitglieder informieren. Oftmals ist es einfach noch Unwissenheit.

Es gibt ganz breite Fördermöglichkeiten, über die KfW beispielsweise. Über die Zinssätze brauche ich nichts zu erzählen. Die gibt es jetzt auch nicht mehr. Im Zusammenhang mit NAPE, dem Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz, werden aber auch die Förderprogramme beim BAFA verbessert, das ein Marktanzreizprogramm macht, auch für andere Technologien, zum Beispiel für Wärmepumpen oder auch für Pelletsanlagen und Solarthermieanlagen. Das sind immer wichtige Dinge.

Dann wäre es natürlich sehr wichtig, dass man versucht, die gesetzlichen Spielregeln gerade für die KWK, zusammen mit dem EDL-G und der Energieeinsparverordnung, entsprechend von Länderseite über den Bundesrat auf die Bundesebene zu übertragen. Eins ist nämlich erkennbar, das werden meine Kollegen hier auch nicht anders sehen: Wir haben zurzeit leider Gottes mit der Agora Energiewende eine Institution, die das Bundeswirtschaftsministerium berät, die das fast allein aus Stromgesichtspunkten sieht. Dort sind die Anzeichen leider nicht so gut.

Wir brauchen die gesetzlichen Spielregeln. Wir wollen gar nicht mehr, als es bisher gibt. Das soll aber wenigstens aufrechterhalten werden. Dann muss die Förderung, die ansonsten läuft, auch nicht über-schritten werden.

Städtebaulich ist sicherlich einiges machbar. Einige Kommunen machen aus dem Haushalt heraus schon Förderprogramme für Wärmedämmmaßnahmen, wie Mainz-Bingen beispielsweise. Andere werden das wohl gar nicht können. Solche Dinge sind aber natürlich generell möglich, bis hin zu einer vielleicht auf Landesebene vorgegebenen Richtlinie – so will ich das einmal nennen –, dass man, wie ich es eben vorgeschlagen habe, immer dann, wenn ohnehin Straßenbaumaßnahmen durchgeführt werden, zumindest einen Prüfauftrag herausgibt, ob dort ein solches hocheffizientes erneuerbares Nahwärmenetz installiert werden sollte, mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen. Dort ist bisher nichts vorhanden.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Es gibt noch eine Frage von Herrn Hürter. Ich würde dann gerne zum nächsten Anzuhörenden weitergehen. Bitte, Herr Hürter.

Herr Abg. Hürter: Herr Zeis, Sie hatten angesprochen, dass die Rahmenbedingungen für KWK aktuell alles andere als optimal sind. Man sieht, dass viele, die in diesem Bereich aktiv sind, betriebswirtschaftlich eher nüchterne Zahlen haben.

Ich hatte bei der EDG zumindest ein ähnliches Bild erwartet und war ganz positiv überrascht, dass die letzten Jahre, die ich im Bundesanzeiger einsehen konnte, für eine sehr gesunde und sehr erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung stehen. Was machen Sie anders, oder worin liegen die Unterschiede begründet?

Herr Zeis: Dass wir sehr positive Ergebnisse erzielen, liegt vor allem an der Dezentralität und daran, dass wir den Strom, den wir erzeugen, selbst verbrauchen. Eigenerzeugung ist hier das A und O. Diese Eigenerzeugung, die das fremde Netz gar nicht berührt, führt in Verbindung mit Hocheffizienz dazu, dass man einen KWK-Zuschlag für Anlagen bis 50 kW elektrisch hat. Das ist schon relativ viel. Das sind immerhin 5,4 Cent pro Kilowattstunde. Wir sind stromsteuerbefreit, erdgassteuerbefreit und haben auch nicht viel Netzentgelt.

Ich weiß, dass das in der klassischen Energiewirtschaft durchaus kritisch gesehen wird, bis hin zu dem Vorwurf, ihr Eigenerzeuger seid Schwarzbrenner, ihr versucht auf dem Rücken derjenigen, die EEG-Umlage zahlen, euren Strom selbst zu erzeugen. Das ist aber natürlich gerade mit Blick auf die

13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –

Industrie oder die Haushaltslage der Kommunen Blödsinn, weil es effizienzgetrieben ist. Diese Vorteile haben wir nutzbar gemacht.

Sie sind aber seit dem 1. August 2014 mit dem EEG 2014 – zum Teil jedenfalls – weggefallen. Auch dort werden jetzt natürlich Effizienzpotenziale wegfallen. Ich habe neulich in einer Veröffentlichung geschrieben, es hat zumindest den Einfluss, dass wir uns mit der Auslegung, also der Dimensionierung dieser Blockheizkraftwerke in der Grundlast noch mehr am Strom orientieren müssen. Sie werden dann kleiner, erzeugen also weniger Wärme. Wenn sie weniger Wärme erzeugen, muss diese Wärme stattdessen im Kessel erzeugt werden, und Sie haben eine höhere CO₂-Emission. Das ist die Folge davon.

Es ist aber richtig: Auf der dezentralen Ebene haben wir über all die Jahre hinweg mit dieser Vorgehensweise, mit dieser Philosophie entsprechend positive Ergebnisse erzielt, obwohl wir als öffentliches Unternehmen gar nicht primär gewinnorientiert arbeiten, sondern dem Klimaschutz verpflichtet sind.

Zu den Strompreisen bei unseren Endkunden – da können Sie Herrn Landrat Görisch oder Herrn Landrat Schick einmal fragen –: Wir haben Strompreise, die 15 % bis 20 % unter den Preisen liegen, wie sie aus dem Netz zu beziehen wären. Das kommt noch dazu. Die Einsparung ist auch bei unseren Kunden ablesbar.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank, Herr Zeis. Wir sehen auch bei der EDG immer wieder, dass mit der entsprechenden Motivation und dem entsprechenden Weitblick ökologische und ökonomische Ziele übereinkommen können. Ich will noch anmerken, auch wenn es in der Öffentlichkeit nicht immer im Vordergrund der Debatte steht: Es ist uns in Rheinland-Pfalz in der Politik sehr wohl klar, dass zuerst die Einsparung, dann die Effizienz, dann die Wärme und dann der Strom kommt.

Wenn Sie aber letzte Woche die Zeitung gelesen haben, haben Sie auch die Überschriften gesehen. Das war bestimmt nicht das Hauptthema, das wir thematisiert haben, aber es ist das Hauptthema, das in der Zeitung steht. Über Strom ist eben leichter zu diskutieren als über die Wege, die Sie gehen. Das sind Wege, die immer noch beworben werden müssen. Ich glaube, deswegen ist es wichtig, wenn wir das mitnehmen, dass Sie sagen, man muss auch in den Räten dafür werben, man muss die Entscheider dafür gewinnen, dass sie den richtigen Weg gehen. Vielen Dank noch einmal.

Als nächstes ist Herr Münch an der Reihe. Ihre schriftliche Stellungnahme liegt uns vor – Vorlage 16/5297 –. Ich darf Sie um Ihre Ausführungen bitten.

Herr Dipl.-Ing. Michael Münch
Transferstelle Bingen (TSB)

Herr Münch: Vielen Dank, Herr Dr. Braun. Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf bei dem gleichen Thema einen Impuls aus einer etwas anderen Richtung setzen. Herr Zeis hat als Umsetzer der Energiewende gesprochen, auch in den Kommunen in der Region in Rheinhessen. Ich möchte den Fokus als Vertreter meines Instituts darauf lenken, das sich mit diesem Themenbereich beschäftigt und sehr viel Kommunalpolitik berät. Ich glaube, die Worte von Herrn Dr. Braun haben ganz gut überleitet. Wir versuchen und sehen unsere Aufgabe ein Stück weit darin, Impulse und Ideen in den Räten zu platzieren und die Entscheider für den Bereich am Anfang ihrer Ideen und Konzepte zu gewinnen.

(Herr Münch unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer
PowerPoint-Präsentation – Vorlage 16/5297 –.)

Vielleicht ganz kurz: Ich habe drei Themen mitgebracht, nach einer Vorstellung unseres Institutes einmal einige allgemeine Sätze zum kommunalen Klimaschutz, was unserer Wahrnehmung nach heute in den Kommunen die Themen sind und die weitere Diskussion dort bestimmen. Ich bin gebeten worden, kurz auf die Wertschöpfung durch Klimaschutz in den Kommunen einzugehen, kann das in der gegebenen Zeit natürlich nur relativ kurz fassen, habe dann aber noch fünf Handlungsfelder dabei, die unserer Meinung nach eine gewisse Aktualität aufweisen, einen gewissen Handlungsbedarf haben oder einfach Zukunftsthemen sind, die wir darstellen möchten.

Die Transferstelle Bingen ist als ein Institut an der Fachhochschule Bingen heute im Bereich der Energieberatung aktiv. Wir beraten verschiedenste Kundengruppen, von Gewerbe, Industrie bis vor allen Dingen zum kommunalen Bereich, beschäftigen uns aber auch mit vielen, vielen Forschungsthemen im Bereich Energie und werden in diesem Bereich auch viel durch die Landesregierung unterstützt.

Wir veranstalten Fachtagungen zu verschiedenen Energiethemen. Im Jahr 2013 – ich habe hier unten die Zahlen dabei – haben wir in Bingen insgesamt 1.350 Besucher zu unseren Tagungen gehabt. Das ist natürlich etwas, das für uns eine ganz wichtige Sache ist.

Heute sind wir in der ITB, Institut für Innovation, Transfer und Beratung gemeinnützige GmbH, organisiert. Mehrheitsgesellschafter ist das Land. Weitere Gesellschafter sind Regional- und Volksbank, Kreissparkasse, die Handwerkskammer und die IHK. Wir sind 25 Ingenieure, die unter Leitung von Professor Dr. Simon und unter stellvertretender Leitung von Professor Dr. Türk mit verschiedenen Professoren und Studenten der Fachhochschule Bingen zusammen diese Themen bearbeiten.

Hier sehen Sie noch einmal in der Breite unser Themenspektrum, vielleicht zum Nachlesen. Ich möchte nicht auf alles ganz eingehen. Vielleicht so viel dazu: Unsere größten Themen im Moment sind der kommunale Bereich sowie kommunale Arbeit im Bereich Energie und Klimaschutz. Das ist immer sehr zeitenabhängig. Heute sind es die Stichworte, die wir schon gehört haben, der kommunale Klimaschutz und die energetischen Quartierskonzepte.

Die zweite große Säule unserer Arbeit heute ist die Energiewirtschaft. Wir beschäftigen uns dort vor allen Dingen mit virtuellen Kraftwerken. Ich denke, Sie haben ein Stück weit schon von unserem virtuellen Kraftwerk in Rheinland-Pfalz gehört, das wir in einer Ausgründung betreiben, mit heute immerhin etwa 300 Megawatt, einer Leistung, die einem kleineren Kondensationskraftwerk entspricht.

Im kommunalen Bereich beraten wir unterschiedlichste Gebietskörperschaften, angefangen bei der kleinen Ortsgemeinde. Dort haben wir jetzt die Ortsgemeinde Mastershausen beispielsweise bei einer Klimaschutz-Initialberatung beraten. Sie bauen gerade ein Nahwärmenetz, um wieder an das Thema von Herrn Zeis anzuknüpfen.

Wir versuchen das Gleiche gerade mit der Ortsgemeinde Meisburg in der Eifel, beraten aber viele Verbandsgemeinden aktuell wie die VG Hachenburg, die VG Stromberg, beraten Städte – die Stadt Bingen, die Stadt Andernach, die Stadt Ingelheim – und auch viele Landkreise. Insgesamt haben wir

**13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –**

im kommunalen Klimaschutz verschiedene Themen, seit neuestem natürlich sehr an den Förderprogrammen orientiert, hier auch zum Nachlesen.

Der Schwerpunkt sind integrierte Klimaschutzkonzepte, also der Blick auf alles zum Thema Klimaschutz in den Kommunen, viele Konzepte aber auch im Bereich eigene Liegenschaften, integrierte Wärmenutzung – welches auch ein Thema ist, das meiner Meinung nach sehr, sehr aktuell ist –, erneuerbare Energien, Mobilität, Anpassung an die Folgen des Klimawandels.

Die Einstiegsberatung ist das Starterpaket gerade für kleinere Gemeinden und ist besonders für Gemeinden ohne eigene Verwaltung sehr wichtig. Die KfW-Quartierskonzepte sind mit Sicherheit etwas, das sehr umsetzungsnah geschehen kann und deswegen auch von unserer Seite im Moment sehr stark angegangen wird.

Hier sehen Sie eine kleine thematische Eingrenzung, so habe ich es genannt. Als Klimaschutz – ich glaube, ich schließe mich dort Herrn Zeis an – wird in den Kommunen heute die Energiewende verstanden. Klimaschutz ist heute ein Thema, das in vielen Kommunen weit oben auf der Agenda steht. Das muss man sagen. Es wird mit anderen Regionalentwicklungsprozessen ein Stück weit als eine Methode – gerade im ländlichen Raum – zur Zukunftssicherung und vielleicht auch im Wettbewerb unter den Kommunen verstanden, durch die man mit Wertschöpfung und einer Besonderheit vor Ort besser als andere dasteht.

In Rheinland-Pfalz haben wir etwa 130 kommunale Klimaschutzkonzepte oder -beratungen – das sind die Initialberatungen – über die Bundesklimaschutzinitiative gefördert. Thematisch orientieren sich diese Klimaschutzkonzepte zum einen an Verbrauchergruppen und zum anderen an der netzgebundenen Stromerzeugung.

Der Bereich Stromerzeugung ist ein Thema, das insbesondere im ländlichen Raum, gerade verknüpft mit der Wertschöpfung, enorm wichtig ist. Die Windenergie ist ein Dauerthema. Die Kommunen sind im Moment unserer Wahrnehmung nach mit ihren Flächennutzungsplänen sehr weit. Dadurch ist sie vielleicht etwas weniger diskutiert als vor ein oder zwei Jahren noch.

Bei der Solarenergie bemerken wir schon seit der Änderung des EEG 2012 einen deutlichen Rückgang. Das war früher ein sehr, sehr wichtiges Thema. Das ist etwas, das mit Sicherheit ein bisschen schmerzt.

Die KWK ist seit letztem Jahr spürbar weniger Thema, gerade wenn wir über Schwimmbäder im kommunalen Bereich, Schulen etc. reden. Ich teile die Ängste von Herrn Zeis, wenn das KWK-Gesetz in der Novellierung dazu führt, dass die KWK-Zuschläge nicht mehr die Quersubventionierung dieser Technologie ein Stück weit aufrechterhalten können, dass dort eine Technik, die sehr für Klimaschutz und sehr für Dezentralität steht, deutlich benachteiligt wird.

Ein großes Thema – auch wieder sehr stark im ländlichen Raum – sind die privaten Haushalte. Insbesondere die Wärme ist dort das Thema. Die Einsparung ist ein großes Thema. Dort besteht viel Handlungsbedarf. Es erfreut uns, dass viele Kommunen, die im Klimaschutz schon recht weit sind, die Informationslage zu der Thematik in Quartierskonzepten, in Studien zu Energiedörfern, Nahwärme und kommunalen Wärmeatlanten verdichten, um einen guten Schritt weiter zur Umsetzung zu kommen.

Was dort ein ganz wichtiges Thema ist, ist die Kommunikation vor Ort. Ein schönes Beispiel ist der Landkreis Cochem-Zell, der gerade mit 14 Energiedörfern, glaube ich, Quartierskonzepte durchführt. An diesem Projekt sind wir beteiligt und versuchen, eine gute effiziente Wärmeversorgung in den Dörfern auf Basis von Energieeinsparungen zu platzieren.

Öffentliche Einrichtungen sind per se ein sehr wichtiges Thema für Kommunen, bei dem ein großer Handlungsbedarf vorhanden ist. Es ist ein Thema, bei dem es sehr große Gefälle in den Kommunen gibt. Wir haben viele Beispiele aus dem Rheinhessischen gehört. Das ist eine Region, die dort sehr weit ist. In anderen Kommunen, in denen wir beratend tätig sind, sind wir noch sehr am Anfang dieser Themen. Straßenbeleuchtung, Klärwerke, Energiemanagement für die Liegenschaften sind bei den öffentlichen Einrichtungen die Themen.

Das Thema Gewerbe ist eine Sache, die in den Kommunen sehr wenig beleuchtet wird. Die Interessenslage der Kommunen, an diesen Themen zu arbeiten, ist anfangs relativ hoch und beim ersten Brainstorming über die Fragen, wo sie einen Einfluss darauf haben und wo man Projekte gemeinsam umsetzen kann, ist meistens viel Ernüchterung zu spüren, auch aufgrund der Tatsache, dass mit Amortisationserwartungen, die in Gewerbe und Industrie herrschen, Projekte – gerade gemeinsame Projekte – schwieriger durchzusetzen sind. Auszunehmen davon ist ganz klar das Handwerk und bestimmt auch viele gute Familienbetriebe.

Die Mobilität ist ein Thema, bei dem sich die Kommunen spalten. Es ist für einige Kommunen ein extrem wichtiges Thema. Die Stadt Ingelheim beraten wir gerade sehr stark, die sehr viel umsetzen möchte.

Viele sehen aber nur wenig Einflussmöglichkeit, in Sachen Klimaschutz etwas zu tun. Klimaschutz heißt, motorisierten Individualverkehr durch ÖPNV etc. ersetzen. Viele sehen aber auch positive Aspekte, dass man zum Beispiel mit Elektromobilitätsstrategien, Elektrorädern etc. Querschnittsfragen hin zum Tourismus ganz gut lösen kann.

Aus der Historie heraus: Wir beraten seit etwa 20 Jahren Kommunen zum Thema Energie und Klimaschutz. Man muss sagen, dort hat sich zum Glück schon einiges getan. In den 90ern hat die TSB die ersten Energiekonzepte und Methodikentwicklung für solche Klimaschutzkonzepte gemacht. Ein Beispiel ist die Modellstudie Energiekonzept, die auch vom Wirtschaftsministerium des Landes gefördert wurde und 1994 für die Stadt Bingen veröffentlicht wurde. Viele der heutigen Klimaschutzkonzepte von vielen verschiedenen Anbietern bauen immer noch auf die eine oder andere Methodik aus dieser Studie auf, was eine sehr schöne Sache ist.

Bis Mitte der 2000er-Jahre wurde es mit solchen strategischen integrierten Konzepten sehr wenig. Es wurden viele gute Einzelprojekte in Kommunen eingesetzt. Die Kommunen haben vor allen Dingen ihre Liegenschaften saniert, sich mit Nahwärme beschäftigt und verschiedene gute Projekte vorangetrieben. Irgendwann ab Mitte der 2000er, insbesondere seit 2008 durch die Klimaschutzinitiative, ist es sehr stark in Richtung politischer Beratung hinsichtlich Strategieberatung und Klimaschutzberatung gegangen.

Heute sehe ich die energetischen Quartierskonzepte als eine sehr zu begrüßende Entwicklung, die mit der Förderung durch die KfW-Bank in den Kommunen die gute Balance zwischen strategischen Konzepten und einer Aufgabe, die dahinter steckt, herstellen und diese Aufgabe möglichst zur Umsetzungsreife bringen, was bei manchen Klimaschutzkonzepten leider nicht so weit kommt.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich ein Stück weit mit dem Thema Wertschöpfung. Ich habe zunächst einmal ein paar Zahlen mitgebracht. Diese Mittel haben die Klimaschutzinitiative im Land angesprochen. Wir haben hier diese Zahlen. Das ist leider eine relativ alte Zusammenstellung, es folgt noch eine neuere Folie. Dort sieht man, dass in diesem Zeitraum etwa 12 Millionen Euro an Mitteln der Klimaschutzinitiative als Zuwendung ins Land geflossen sind. Zu der Zuwendung muss man sagen, die Förderquoten gerade bei investiven Maßnahmen liegen im Bereich von 40 % bzw. 25 %. LED-Straßenbeleuchtung ist ein großes Thema. Das heißt, wir haben einen Multiplikationseffekt, der bei den Investitionen vor Ort stattgefunden hat.

Die gleiche Grafik, einwohnerspezifisch umgelegt: Dort hat Rheinland-Pfalz eine ganz gute Spitzenposition in Deutschland gehabt. 2,90 Euro pro Einwohner wurden durch die Klimaschutzinitiative für den kommunalen Klimaschutz an Zuwendungen ins Land gebracht.

Dies sind die Zahlen nur für Investitionen, Konzepte, Beratung und Klimaschutzmanagement, also vor allen Dingen die institutionalisierte und personelle Umsetzung in den Kommunalverwaltungen, über die Zeit gesehen. Dabei fällt auf, dass es bis in dieses Jahr einen stetigen Anstieg gibt. Das ist auch definitionsgemäß. Wir haben auf der X-Achse, auf der Zeitachse den Projektabschluss eingetragen. Dort ist es so, dass die Projekte mit mehrheitlich einem Jahr Laufzeit für 2016, 2017 und 2018 einfach noch nicht entstanden sind.

Es fällt aber auf, dass es einen starken Einfall bei der unteren Säule, bei den Investitionen gibt, und das ist besonders schade. Man muss dazu sagen, das liegt an der Änderung des Programms, dass

**13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –**

die LED-Straßenbeleuchtung heute nicht mehr gefördert wird und früher viele Kommunen, gerade im ländlichen Raum, davon profitiert haben. Positiv ausgedrückt: Die LED-Straßenbeleuchtung lässt sich heute mit ähnlichen Amortisationszeiten errichten. Die Förderung ist vielleicht einfach nicht mehr so zeitgemäß.

Zu den Kommunen selbst: Dort braucht man zwei oder drei Zahlen. Ich habe Ihnen die Klimabilanz und ein Zielszenario, einen Vorschlag für das Jahr 2030 für die Stadt Andernach mitgebracht. Wir sehen, dass mit verschiedenen Methoden, mit vielen Maßnahmen verschiedene Klimaschutzeffekte in Andernach erreicht werden sollen. Wir haben eine deutliche Reduzierung – und das ist für eine Stadt deutlich, wir befinden uns hier im urbaneren Raum – der Wärmeverbräuche im Bereich der privaten Haushalte. Der untere rote Säulenabschnitt bezieht sich jeweils auf die Wärme.

Wir haben weiter überall in der Grafik eine deutliche Reduzierung der Emissionen im Bereich Strom. Das ist bei den Verbrauchern jeweils der obere blaue Teil. Die Säulen werden in jedem Bereich kleiner. Das bezieht sich weniger auf die Stromeinsparung. Sie haben eben bei Herrn Zeis die CO₂-Äquivalent-Emissionskennwerte aus GEMIS gesehen. Diese verbessern sich für allgemeinen Netzstrom deutlich. Das ist der eine Effekt. Das heißt, auch wenn Andernach die Füße hoch legt, ist es so, dass sich diese Faktoren deutlich verbessern.

Auf der anderen Seite haben wir den Effekt, dass auch dort gerade die Kraft-Wärme-Kopplung im Ausbau eine große Rolle gespielt hat und durch die dezentrale Stromerzeugung viel Klimaschutz gemacht werden kann.

In Andernach werden in der Ist-Bilanz – ich habe hier die drei Hauptenergieträger aufgetragen, Erdgas, Heizöl und Strom – etwa 62 Millionen Euro jährlich ausgegeben. Das ist ein Mischwert, der aus allen Verbrauchern aus den Bereichen Gewerbe, Privathaushalte und öffentliche Einrichtungen entstanden ist. Das zeigt, dass dies eine Sache ist, bei der mit viel Potenzial und mit wirtschaftlichen Möglichkeiten gearbeitet werden kann. Erdgas und Heizöl können verdrängt werden, in allererster Linie durch Energieeinsparung, danach aber auch durch effiziente und lokale Erzeugung. Strom kann lokal erzeugt werden, in großen Anteilen auch durch die Photovoltaik in Städten.

Das zeigt, dass diese Mittel anders eingesetzt werden können und durch Klimaschutz lokale Wertschöpfung gefördert werden kann, indem weder fossile Brennstoffe diesen Stellenwert behalten noch der Strom aus anderen Regionen in die Kommune gezogen wird.

Wir haben für unser Szenario, das ich eben gezeigt habe, die Entwicklung von 2012 bis 2030 auf diese Wertschöpfung berechnet. Wir haben verschiedenste Effekte drin, Steuern, Einkommenseffekte, Unternehmensgewinne und Kaufkraftsteigerung. Das ist das, was wir eben bei Herrn Zeis für den Kreis Alzey-Worms schon einmal gesehen haben. Wir haben dort einmal das Ganze aufsummiert, das in den 18 Jahren von 2012 bis 2030 an Gesamteffekten in diesem Bereich passiert.

Im Bereich der Stromversorgung sehen wir auf der linken Seite Effizienz und Einsparung. Dort sind die Wertschöpfungseffekte relativ gering. Das liegt darin begründet, dass dort keine großen Einsparungseffekte erwartet werden. Partiiell haben wir dort sehr hohe, im kommunalen Sektor kann die Säule sogar mithalten. Das liegt an Straßenbeleuchtung, Klärwerken, an Verbrauchern, bei denen viele Effizienztechnologien vorhanden sind.

In den anderen Sektoren wird der Einsparungseffekt an sich durch vermehrte Informationstechnologie, durch Elektromobilität und Wärmepumpen nicht sehr groß gehalten. Die Wertschöpfung liegt dort bei der lokalen Erzeugung, vor allem durch erneuerbare Energien und dort insbesondere durch die Photovoltaik. Das liegt ein Stück weit an den Szenarien und Potenzialen vor Ort, die in Andernach sehr differenziert sind.

Bei der Wärme verschiebt sich das Bild. Dort liegt die Wertschöpfung weniger bei der Installation von Anlagentechnik, sondern bei dem Erschließen von Effizienz und Einsparmöglichkeiten im Bestand und dort insbesondere bei den Haushalten. Man darf die Zahlen nicht ganz unterbewerten. Dort gibt es durchaus Verknüpfungen in den Haushalten. Es sind auch einige Anlagentechniken mit einberechnet, sodass sich die Zahlen ein bisschen verschieben werden.

Die größte Wertschöpfung bei wirtschaftlichen Umsetzungspotenzialen liegt hier aber insgesamt bei der Gebäudehüllensanierung. Das liegt daran, dass die Investitionsvolumina in diesem Bereich sehr hoch sind.

Als letzten Punkt des Vortrags habe ich als Handlungsfelder den Punkt lastganggerechte Stromversorgung mitgebracht. Das heißt, man muss sich mit der Frage beschäftigen, wie man vor allen Dingen – die KWK ist dort relativ einfach – Strom aus fluktuierenden erneuerbaren Energien, aus Sonne und Wind, in die Netze bekommt, und das auch auf kommunaler Ebene. Wir haben dort große Klimaschutzpotenziale.

Es ist so, dass in der Vergangenheit die Meinung hochgehalten wurde, mehr als 4 % geht nicht. Rechts sehen Sie noch einen Artikel bzw. eine Anzeige aus der „ZEIT“, in der erzählt wird, dass die Dänen fast ein Prozent des Stroms mit der Windkraft erzeugen, eine Sache, die in Deutschland nicht möglich wäre. Die Entwicklung hat sich dann etwas anders dargestellt.

In Rheinland-Pfalz, bezogen auf den Verbrauch, liegen wir heute irgendwo zwischen 20 % und 25 % bei der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien. Dort spielen Wasserkraft und Bioenergie eine Rolle, eine sehr große Rolle spielen aber Wind und Sonne. Ich denke, das ist etwas, das mit den Landeszielen in der Fortschreibung noch mehr eine Rolle spielen sollte.

In kommunalen Konzepten, insbesondere auch in regionalen Konzepten, in Konzepten, bei denen Städte und Regionen ein Stück weit kooperieren, gerade auch in Konzepten, bei denen Energieversorger stark eingebunden sind, stören uns ein Stück weit die Jahresbilanzen, die überall gefordert und gefördert werden, Jahresbilanzen, die einfach nicht zeigen, wie viel Strom von dem, den wir vor Ort erzeugen, hier in den Netzen bleibt und vor Ort verbraucht werden kann.

In Rheinland-Pfalz gibt es sehr viele erneuerbare Strompotenziale, insbesondere im ländlichen Raum. Wind und Sonne spielen dort eine sehr große Rolle. Es gibt heute schon viele Kommunen, die die, ich sage einmal, damals sehr ehrgeizigen Ziele von 100 %-Plus-Kommunen in der Jahresbilanz schaffen. Sehr viele Ortsgemeinden, einige Verbandsgemeinden, Landkreise, der Rhein-Hunsrück-Kreis, der Eifelkreis Bitburg-Prüm: Sie haben das geschafft. Das sind nicht mehr die ambitionierten Ziele für Kommunen. Ich denke, dass es dort noch viel auf der regionalen Ebene mit dem neuen Ansatz, den Strom vor Ort zu verbrauchen, zu tun gibt.

Dort ist ein in lastganggerechter Betrachtung weit geringerer Eigenversorgungsgrad festzustellen. Das heißt, dort befinden wir uns wieder deutlich im zweistelligen Bereich, wahrscheinlich auch unterhalb der 50 %. Wir glauben, dass eine lastganggerechte Stromproduktion und -versorgung vor Ort, Stromnutzung vor Ort, große Klima- und Ressourcenschutzpotenziale ermöglicht. Das heißt, wir haben erst einmal den Effekt, dass wir eine Netzintegration von mehr grünem Strom leichter ermöglichen, dadurch, dass die Transportwege abnehmen und wir verschiedene Mechanismen vor Ort steuern können, die das tun. Erster Klimaschutzeffekt ist also, es ermöglicht den Zubau von grünem Strom.

Dann brauchen wir dafür, dass der Strom in die Netze integriert wird – ich denke, Sie haben es in Vorträgen, auch aus vorherigen Anhörverfahren, gehört –, verschiedene Regler, die das machen. Das sind heute genau die, die im Rahmen der Energiewende in die Zukunft gesehen abgeschaltet werden.

Heute wird das Stromnetz stabil bleiben, indem maßgeblich Braunkohlekraftwerke etwas hoch- und wieder heruntergeregelt werden. Das heißt, das sind Regler, die in dem künftigen Energiesystem nicht mehr zur Verfügung stehen und die wir dort auch nicht mehr wollen. Dort sehe ich einen ganz großen Ansatz für die KWK. Das heißt, wir brauchen mehr erneuerbare und fossile KWK; denn wir brauchen neue Mechanismen, die nicht nur Strom speichern, sondern auch die Erzeugung vor Ort in den Netzen regeln können. Das ist ein ganz klar dezentraler Ansatz.

Das heißt, wenn wir die Netze nicht mehr zentral mit Braunkohlekraftwerken stabil halten können, müssen wir vor Ort Mechanismen bauen. Dabei ist die KWK auf Erzeugungsseite mit Sicherheit die Königsdisziplin.

Weiterhin spielen natürlich Speicher eine Rolle, eine Sache, die heute relativ wenig wirtschaftliche Anreize verdient. Eine andere Sache, die eine sehr große Bedeutung hat, ist das Demand-Side-

**13. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 19.05.2015
– Öffentliche Sitzung –**

Management, also das Steuern von Verbrauchern, insbesondere von Industrieprozessen. Wir arbeiten dort mit großen Firmen zusammen. Ein Beispiel sind Zementwerke. Sie haben enorm hohe Stromverbraucher im großen Megawattbereich. Sie haben ein riesiges Silo vor und hinter der Mühle stehen. Ihnen ist es in allererster Näherung – sie machen es heute teilweise schon – egal, ob sie den Strom eine Stunde früher oder später aus dem Netz beziehen, um dieses Silo zu betreiben. Sie können den weiteren Produktions- und Vertriebsprozess aufrechterhalten, ganz einfach deshalb, weil hohe Lagerkapazitäten vorhanden sind.

Nicht zuletzt: Dezentrale Stromnutzung per se führt zu deutlich weniger Transport- und Wandlungsverlusten, zu deutlich weniger Netzaufbau und im Sinne des Ressourcenschutzes auch dazu, dass deutlich weniger Kupfer und viel mehr Intelligenz eingesetzt wird, um das zu regeln.

Dazu muss man sagen, derzeit fehlt noch die Methodik, dies in den Kommunen zu bilanzieren. Wir haben mit zwei Kommunen jetzt versucht, beim Bund einen Förderantrag zu stellen, sodass man dort etwas entwickelt und diese Sachen ein Stück weit voranbringen kann.

Das zweite Handlungsfeld – die anderen habe ich jeweils auf einer Folie, das geht jetzt etwas schneller – ist die Klimafolgenanpassung. Das heißt, dort lautet der Appell, dass auch in den Gemeinderäten und Städten mitgedacht wird, dass nicht nur die Frage, wie wir den Klimawandel abschwächen können, behandelt wird – diese Folie habe ich geklaut –, sondern ein Stück weit, dass man sich vielleicht doch darauf einstellen muss.

Es gibt Sachen, die wir nicht vermeiden können. Es gibt unvermeidbare Folgen des Klimawandels. Es gibt insbesondere gesundheitliche Folgen durch Hitzeperioden. Wir müssen vielleicht unsere Infrastruktursysteme – Wasser und Abwasser – umstellen. Es gibt regional vielleicht eine ganz andere Wasserbilanz. Man muss sich vor Ort Gedanken machen und, wenn man an Klimaschutz denkt, auch überlegen, wie man sich weniger verwundbar gegen Extremwetterereignisse und die schleichenden Klimaveränderungen machen kann.

Ein schönes Beispiel ist die Stadt Speyer. Sie hat mit dem Rheinland-Pfalz Kompetenzzentrum für Klimawandelfolgen einen dreijährigen Prozess in diesem Bereich gemacht. Wir haben die Stadt Ingelheim beraten und gerade ein Klimaschutzteilkonzept auf diesem Feld abgeschlossen.

Ein Punkt, den ich selbst weniger einordnen kann, der aber von Kommunen oft an uns herangetragen wird, ist folgender: Man hat gute, sehr wirtschaftliche Energiekonzepte, aber die Umsetzung scheitert. Ich weiß nicht, ob es wirklich nicht genehmigt wird, die Stellungnahme von der Kommunalaufsicht negativ ist oder ob es vielleicht ein Informationsdefizit ist. Wir bekommen oft mit, dass Kommunen Angst haben, zu hohe Investitionen in Energiekonzepte zu haben, auch wenn sie sich im Lebenszyklus dreimal amortisieren, weil regulatorische Sachen dagegen sprechen.

Dazu gibt es viele Lösungsansätze. Ein Lösungsansatz ist Contracting, insbesondere im Bereich der Anlagentechnik. Im Bereich der Gebäudehüllensanierung gibt es zur Energieeinsparung leider so gut wie keine Angebote. Vielleicht ist es aber auch ein Informationsdefizit, oder es besteht ein Regelungsbedarf, bei dem man den Kommunen ein Stück weit noch helfen kann.

Es ist zu betonen, dass es im Land viele tolle Pilotprojekte gibt. Was mir sehr gut gefällt, ist das erste Beispiel: In der Verbandsgemeinde Wallmerod haben wir Bürgermeister Lütkefedder beraten, der die erste Brennstoffzelle im Westerwald im Rathaus hat. Von der Technologie hat Herr Zeis Ihnen gerade erzählt. Das klappt dort wunderbar und hat eine gute Daseinsberechtigung.

Die Verbandsgemeinde Bad Ems ist im Moment dabei, ihr historisches Rathaus in einem Pilotprojekt auf Wärmenutzung aus einem ehemaligen Bergwerk umzustellen, aus dem warme Gewässer herauslaufen. Die Verbandsgemeinde Bad Breisig will bei einer Umstellung der Technik der Römer-Thermen das Thermalwasser, das sie normalerweise für den Badebetrieb nutzen, auch zum Heizen nutzen.

Das heißt, Pilotprojekte, die auch ein Stück weit die lokalen Ressourcen unterstützen und innovative Projekte umsetzen, wurden und werden hoffentlich auch sehr viel vom Land mit unterstützt. Gute Projekte zu unterstützen ist eine Sache, die wir als extrem wichtig in den Kommunen ansehen.

Wir haben noch ein weiteres Anliegen. Wir haben das Gefühl, dass in den vergangenen Jahren, vielleicht auch in den vergangenen Jahrzehnten viele gute Projekte angeschoben wurden, die aber sehr ins Stocken geraten sind. Ich habe Ihnen als Beispiel das Energiedorf Münchweiler an der Alsenz mitgebracht. Das haben wir von 2009 bis 2011 begleitet und eine Kampagne zu Gebäudesanierungen und erneuerbarer Energie in Privathaushalten gemacht. Der Bürgermeister ist immer hellauf begeistert gewesen, dass viel mehr im Ort gebaut und Anlagentechnik ausgetauscht wurde. Es war ein sehr schönes Projekt.

Heute haben wir bei einer groben Abschätzung festgestellt, dass etwa ein Viertel der PV-Potenziale auf den Dachflächen erschlossen worden sind. Auch dahingehend haben wir sehr stark geworben. Es gibt aber für dieses Projekt keine Möglichkeit, die Erfolge darzustellen. Das heißt, es gibt wenig Evaluierung der Erfolge, ein Teil ist auch die Methodik. Das heißt, die Sanierungsrate, die ein ganz großer Kennwertfaktor für den kommunalen Klimaschutz und in der Gebäudeenergieeffizienz ist, lässt sich methodisch sehr schwer abschätzen. Dort sehen wir noch ein bisschen Handlungsbedarf, dass man in Zukunft auch auf die Evaluierung von guten bestehenden Projekten ein bisschen mehr Wert legt und die Kommunen auch von Seiten des Landes ein Stück weit unterstützt.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Das war es von meiner Seite.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank. Gibt es Nachfragen? – Herr Dr. Mittrücker, bitte.

Herr Abg. Dr. Mittrücker: Herr Münch, ich habe eine Frage. Ganz zu Beginn Ihrer Ausführungen haben Sie in einem Halbsatz bemerkt, dass die Installation von KWK-Anlagen in der letzten Zeit – Sie dürfen gerne festlegen, in welchem Rahmen – etwas rückläufig ist.

Wenn ich Herrn Zeis höre, der vorhin gesagt hat, die Arbeitspreise bei KWK-Anlagen sind erkennbar günstiger als die Arbeitspreise, die ich aufwenden muss, wenn ich Energie beziehe, stimmt dort irgendetwas in der Relation nicht. Entweder sind sie wirklich so effizient, wie Sie sagen, Herr Zeis, oder die Erkenntnis, dass es rückläufig ist, stimmt nicht. Ich bin etwas ratlos. Das sind zwei widersprüchliche Aussagen, die ich nicht zusammenbringe. Gibt es dafür eine Erklärung?

Herr Münch: Ich glaube, das ist einfach. Was ich auf der Folie dargestellt habe – um direkt den Kern der Frage zu beantworten –, ist eine subjektive Wahrnehmung. Das heißt, es herrscht eine Verunsicherung, eine Angst, und nicht unbedingt eine objektive Verschlechterung der Effizienz. Es ist so, dass wir im Bereich der Bestandsanlagen bis jetzt wenig Probleme haben.

Im Bereich der Neuanlagen ist es so, dass Sie durch eine EEG-Umlagepflicht, die in der Zukunft zunimmt, Probleme bekommen werden. Das heißt, wir haben es dort nicht damit zu tun – das wollte ich auch nicht gesagt haben –, dass die KWK heute nicht mehr wirtschaftlich ist – das wäre eine falsche Aussage –, sondern sehr viel mit der Wahrnehmung, dass sich durch die Änderung des EEG und die noch ausstehende KWK-Gesetzneuerung dort viel Verunsicherung breitmacht.

Es wird überlegt, wenn ich für die Anlage, die ich gut betrieben habe, jetzt eine halbe EEG-Umlage zahlen muss und vielleicht weniger Zuschuss bekomme, kann ich sie bald nicht mehr wirtschaftlich betreiben. Ich denke, die Neuinstallationsrate ist davon schon betroffen. Ich glaube aber, dazu weiß Herr Zeis wahrscheinlich mehr.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielleicht kurz gesagt: Die politischen Rahmenbedingungen belasten die Neubauten von KWK-Anlagen. Das muss man deutlich sagen. Man könnte etwas dafür tun, dass das nicht so ist. Es ist schade, dass oft die ökologisch günstigsten Methoden auch noch finanziell belastet werden, obwohl sie eigentlich ein Selbstläufer wären. Wenn sie Selbstläufer werden, werden sie belastet. Das ist ein Problem, das wir im Moment in der politischen Diskussion haben.

(Herr Abg. Dötsch: Es kommen weniger Zuschüsse!)

Es kommen weniger Zuschüsse, oder es werden Umlagen auf die entsprechenden Anlagen zukommen. Das ist zum Teil noch in der Diskussion, auch bei der Photovoltaik. – Herr Schlagwein, bitte.

Herr Abg. Schlagwein: Herr Zeis sprach vor allem die Eigenversorgungsanlagen an. Das ist eine andere Situation, als wenn eingespeist wird. Ich habe eine Frage. Ich weiß nicht, ob Sie dazu eine Übersicht haben. Es gab 2011 die Klimaschutznovelle des Baugesetzbuches als vorgezogene Novelle des Baugesetzbuches angesichts der Ereignisse in Fukushima, mit verschiedenen Möglichkeiten für die Kommunen, allgemeinen Klimaschutz in die Abwägung mit einzubeziehen, Anlagenmaßnahmen zu den Erneuerbaren in die Bauleitplanung mit hineinzubringen, auch – was ich interessant finde – informelle Konzepte als Grundlage für die formelle Bauleitplanung zu nehmen.

Wie ist Ihr Eindruck oder Überblick dazu? Nutzen die Kommunen das, oder müsste man dort mehr tun, um diese Novelle des Baugesetzbuches bekanntzumachen? Ich finde nämlich, das ist ein ganz interessanter Ansatz.

Nur eine Anmerkung noch, weil Sie die Anzeige aus den 90er-Jahren, nicht mehr als 4 % Strom aus Erneuerbaren sind möglich, angesprochen hatten: Das waren damals die neun großen Energieversorgungsunternehmen, die diese Anzeige geschaltet hatten. Davon sind heute noch vier übrig geblieben. Diese vier sind aber auch ungefähr bei den 4 % Strom aus Erneuerbaren stehen geblieben.

Herr Münch: Vielen Dank für die Anmerkung. Zu der Novelle des Baugesetzbuchs 2011 kurz noch ergänzt: Der Klimaschutz und die Klimaanpassung, die ganz neu als Abwägungstatbestand dazugekommen ist, sind mir sehr wichtig. Ich kann nur eine sehr subjektive Wahrnehmung wiedergeben.

Ich muss sagen, es gibt viele Aspekte – beispielsweise die Südausrichtung von Gebäuden –, die teils vorher schon angewandt wurden, heute aber mit Sicherheit – das ist auch als Stand der Technik zu sehen – in den Bauleitplanverfahren angewendet werden.

Wir haben andere Sachen, das betrifft insbesondere die Nahwärme. Dort ist es aus anderen Gründen ein bisschen schwieriger geworden. Ich glaube, das war auch eine Intention. Wenn man ein Neubaugebiet macht, denkt man über Nahwärme nach. Dort ist es so, ich sage einmal, ein Gebäude, das heute neu gebaut wird, darf gar nicht mehr so viel Wärme verbrauchen, dass es sich lohnt, die Leitung zu legen. Deswegen ist es dort sehr schwierig zu sagen, ob diese Änderung etwas gebracht hat, weil es andere Rahmenbedingungen sind, die dort gegeben sind.

Was mir auffällt: Viele Sachen im Bereich der Klimaanpassung – dezentrale Regenwassernutzung, Regenwasserversickerung etc. – sind heute festgeschrieben. Es gibt auch einige Satzungen, die sich mit den Themen Gründach und Solarenergienutzung befassen, sowohl bauleitplanerisch als auch privatrechtlich. Bei den Ortsgemeinden, die Neubaugebiete ausweisen und Eigengrundstücke verkaufen, passiert schon etwas. Mit Sicherheit schadet es aber nicht, diesen Themenbereich noch ein bisschen mehr zu kommunizieren.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank. – Wir kommen dann zum nächsten Vortrag, Herr Dürr-Pucher von der Clean Energy GmbH mit dem interessanten Titel – wie ich gerade sehe – „Energiespeckgürtel im ländlichen Raum“, und das auf Rheinland-Pfalz bezogen. Ihre schriftliche Stellungnahme liegt uns vor – Vorlage 16/5296 –. Bitte schön.

Herr Jörg Dürr-Pucher
Clean Energy GmbH

Herr Dürr-Pucher: Vielen Dank. Ich bin sehr froh, dass ich als in Baden lebender Schwabe in Rheinland-Pfalz zum Thema erneuerbare Energien vortragen darf. Ich komme sehr gerne nach Bingen zu den Veranstaltungen Energietag, Windenergietag. Ich bin immer wieder einmal in Birkenfeld. Es gibt in Rheinland-Pfalz tolle Institutionen, diese bitte ausbauen und erhalten. Dort kommen auch tolle Menschen, die dann teilweise Arbeit in Baden-Württemberg finden, die gut ausgebildet sind. Genauso wichtig aber – oder aus rheinland-pfälzischer Sicht noch wichtiger – ist es, die gut ausgebildeten Klimaschutzmanager dann auch in den eigenen Verwaltungsgemeinden anzustellen und dort Vorteile im Klimaschutz zu erreichen.

(Herr Dürr-Pucher unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer
PowerPoint-Präsentation – Vorlage 16/5305 –.)

Zum Energiespeckgürtel: Meine Frau sagt immer, ich solle mehr Sport machen, dann müsste ich keine so komischen Titel erfinden. Das ist in diesem Fall ein positiver Titel und soll das Verhältnis Land/Stadt, Ballungsraum/ländlicher Raum voranbringen. Es wurde schon vorhin schon die 100 %-Kommune genannt. Für Ludwigshafen ist das chancenlos, solange die BASF dort ist, für einen Ort in der Eifel oder im Hunsrück jedoch viel zu wenig. Das heißt, wenn wir erneuerbare Energien aus dem Westerwald exportieren wollen, müssen wir dort das zwanzigfache des Strombedarfs eines solchen Ortes mit einem Windpark, einer Biogasanlage und einer Freilandsolaranlage erzeugen, können dann aber immer noch industriell wertschöpfen, sinnigerweise natürlich im Ballungsraum. Es ergibt keinen Sinn, das Chemiewerk in den Westerwald zu stellen, weil dort der Windpark ist.

Die Notwendigkeit der Energiewende: Ich glaube, es ist gerade jetzt im Landtagswahlkampf, der für Rheinland-Pfalz, aber auch bei uns in Baden-Württemberg ansteht, eine Aufgabe, dass man dieses Thema wieder ein Stück weit nach vorn schiebt, und zwar nicht die Frage, ob man es macht oder nicht, sondern dass man sich streitet, was der beste Weg und was richtig ist und wie wir vorangehen sollten.

Wenn wir das nämlich so bekommen wie in der Schulpolitik – zehn Jahre Gymnasium, hurra, zehn Jahre Gemeinschaftsschule, hurra –, sind die Menschen irgendwann genauso sauer wie heute wir Eltern, weil wir sagen, diese ständige Veränderung der Richtung nervt, und sie nervt dann von allen. Das heißt, dann kommen Politikverdrossenheit und Energiewendeverdrossenheit auf. Wenn man sich über das „wie“ streitet, ist das sicherlich sinnvoll. Wenn man wieder anfängt, sich über das „ob“ zu streiten, haben wir nichts gewonnen, glaube ich.

Der Klimawandel findet statt. Man kann etwas dagegen tun. Man muss etwas dagegen tun. Ich denke, das ist ein ganz wichtiger Aspekt, dass man auch selbst Veranstaltungen zu diesen Themen durchführt. Es ist faszinierend. Ich bin viel in Ortschaften. Wir machen dort Bioenergiedörfer. Wir besuchen 120 der 140 Haushalte. Wir wissen also wirklich, was das Volk denkt. Dort sind diese Botschaften oft nicht angekommen. Deswegen denke ich, wenn die Politik Führungsstärke zeigt, heißt das auch, dass man das kommunizieren muss.

Zur Energie- und Ressourceneffizienz, die man steigern muss, ist einiges gesagt worden. Punkt 3 dort unten habe ich bis vor zwei Jahren vermieden, weil ich das immer als persönliche Niederlage empfunden habe. Wenn man 20 Jahre gegen den Klimawandel kämpft, ist es irgendwie ein Zugeständnis, wenn man sagt, ein Teil des Geldes, das man in Energieeffizienz stecken muss, steckt man jetzt in mehr Hochwasserschutz oder andere Anpassungsmaßnahmen. Das ist ein Punkt, der mich sehr traurig macht. Weil er aber zur Wahrheit dazugehört, nenne ich ihn.

Das ist immer meine Lieblingsfolie. Wir sind 2014 leider schon oben aus dem Bild herausgeschossen. Wir haben eine Konzentration von über 400 parts per million, die weiter stark ansteigt. Ich selbst war 1995 beim Weltklimagipfel in Berlin. Ich war einer derjenigen, die gesagt haben, lasst uns die Temperatur als Richtwert nehmen, Grad Celsius versteht jeder, nicht diesen Irrsinn mit CO₂-Gehalt in der Atmosphäre, das versteht kein Mensch. – Das war falsch. Beim Temperaturanstieg redet natürlich auch jeder Depp mit. Wenn es morgens kalt war, heißt es, es gibt keinen Klimawandel. Wenn es am Vorabend warm war, ist der Klimawandel ganz schlimm.

Hier haben wir einen deutlich klareren Messanzeiger als die Temperaturanstiege, um zu sagen, wir sind auf einem ganz schlechten Pfad, der steil nach oben führt. Deswegen müssen wir die Energiewende in Rheinland-Pfalz mit aller Macht umsetzen, die der Politik in einem Rechtsstaat zur Verfügung steht.

Am wichtigsten ist meiner Ansicht nach die Umsetzung in den Kommunen bei den Menschen. Man muss natürlich die richtigen Richtlinien in Brüssel verabschieden, gute Gesetze in Berlin und passende Verordnungen dazu in Rheinland-Pfalz machen. Die Frage, ob die Photovoltaikanlage aufs Dach kommt und der Windpark tatsächlich umgesetzt wird, wird aber in den Orts- und Verbandsgemeinden entschieden. Deswegen ist dieser Schritt nachher ganz zentral und wichtig, und deswegen ist es die schwierige Verantwortung, die Sie in einem solchen Unterausschuss der Begleitung der Energiewende haben, dass man das Ohr in den Ortsgemeinden haben muss, um zu hören, was dort real bei der Umsetzung dieser Maßnahmen passiert.

Dort gibt es wieder das Thema „gemeinschaftlich“. Die EDG ist eine Institution, die man in Rheinland-Pfalz klonen sollte. Jeder Landkreis muss so etwas haben. Herr Zeiß hat natürlich recht, wenn er sagt, das können auch Stadtwerke oder irgendjemand anderes machen, das könnte sogar der Hausmeister einer Verbandsgemeinde machen. Sie tun es aber nicht, sie können es nicht, und sie sind einfach auch Stadtwerke. Sie machen es dann so, wie es ein Stadtwerk eben macht.

Dort sind diese neuen Akteure ein ganz zentraler Punkt, Energiegenossenschaften, diese staatlichen Firmen. Wir haben bei uns am Bodensee die solarkomplex AG, die 40 Mitarbeiter hat und Ähnliches macht wie Sie. Wir brauchen auch den wirtschaftlichen Anreiz, in diesem Sektor zu investieren, Geld in die Hand zu nehmen. Es wurde vorher gesagt, es gibt viele mittelständische Unternehmer, die in diesem Sektor aktiv werden wollen. Ich glaube, diese Dynamik voranzubringen – was nichts gegen kommunale Einrichtungen sagt –, wäre aus meiner Sicht ein ganz wichtiger Aspekt, den man in Rheinland-Pfalz stärker voranbringen könnte.

Was kann man in Mainz und Ludwigshafen machen? Man kann die Energie einsparen, die man dort sehr maßgebend verbraucht. Sie wird schließlich nicht hauptsächlich im ländlichen Gebiet verbraucht.

Mobilität – das kam immer ein bisschen mit einem schlechten Gewissen vor – ist ein ganz zentraler Punkt. Dafür haben wir noch keine Lösung. Deswegen lautet der Appell: Macht etwas zu Mobilität. Wir werden sicherlich nicht in Bitburg-Prüm car2go haben. Das ist eher etwas für den Ballungsraum. Es ist aber eine Verantwortung, stärker etwas in dem Bereich Mobilität zu machen.

Ich habe das Gefühl, weil ich witzigerweise als Vertreter von Clean Energy schon sehr lange Daimler berate und dort auch mit Fachleuten für Brennstoffzellen und Batterien direkt zu tun habe, dass sich dort Maßgebliches tut, möglicherweise nicht mit der deutschen Automobilindustrie – darüber machen sich auch viele Sorgen –, aber da kommt etwas. Es kommt schneller, als wir denken, und es kommt vermutlich aus China.

Zu KWK-Fernwärme und industrieller Abwärme: Bei mir hätte auch drüber stehen können: Netze, Netze, Netze. Die Baden-Württemberger taumeln gerade alle nach Dänemark, kommen zurück und sagen, wir müssen Fernwärme- und Nahwärmenetze bauen. Ich halte das für sehr richtig. Wir haben im Bioenergiedorf Mauenheim 2006 das erste größere Nahwärmenetz gebaut. Ich halte das für so wichtig wie das, was unsere Großväter mit der Wasserversorgung oder dem elektrischen Strom gemacht haben, diese Infrastruktur zu bauen, die nachher 80 oder 100 Jahre hält, wenn man sie aus Stahl gebaut.

Dabei ist es völlig egal, ob wir gerade KWK, Solarwärme, Erdgas oder atomare Abwärme machen. Wir müssen diese Infrastruktur schaffen, damit die Wärme zu den Menschen kommen kann und man nicht Micro-KWK machen muss, bei dem sich nachher wieder jeder seine Anlage selbst in die Keller stellt. Das kann wohl nicht der Ansatz sein, der hilft. Dann ist die Frage, ob stromgeführt oder wärmegeführt, nicht mehr so entscheidend. Dann ist auch nicht die Frage nach Holzhackschnitzeln oder Solarwärme so entscheidend. Dann sind wir im Bereich Energiebereitstellung nachher extrem flexibel.

Zu den Energiespeckgürteln für die Ballungsräume: Ich denke, der wichtige Punkt ist, Georg Leber hat einmal nach dem Krieg gesagt, jedes Dorf oder jeder Kreis braucht seine Autobahnabfahrt. Man hat

viel gebaut, aber das war wahrscheinlich doch nicht der Weg, um dort Wertschöpfung zu machen. Der Bereich erneuerbare Energien ist der erste, der ernsthaft und langfristig die Chance bietet, dass man real in den Dörfern, in den ländlichen Räumen aus erneuerbaren Energien Strom und Wärme herstellt. Die Wärme kann man sicherlich nicht nach Mainz oder Ludwigshafen transportieren, aber den Strom kann man mit Sicherheit transportieren.

Deswegen sind auch die Netze und die Speicher ein zweiter, sehr wichtiger Punkt. Wir haben dort heute Einbahnstraßen, dass der Strom vom Kraftwerk zur häuslichen Steckdose kommt. Es ist aber relativ einfach – es kostet Geld, aber es ist relativ einfach –, das in eine Zweirichtungsbahn umzubauen. Ich sage heute, es stellt sich nicht die Frage nach dezentral oder zentral. Wir brauchen möglichst viel dezentral regenerativ, aber wir werden ein europäisches Stromnetz haben, egal, ob wir wie die Polen auf Kohle oder wie die Franzosen auf Kernkraft setzen. Wir brauchen das in dem erneuerbaren Gebiet auch.

Deswegen ist dort noch keine Vorentscheidung zu treffen, ob sich regenerativ durchsetzt, ob es nachher 80 % oder 100 % sind. Dieser Umbau von Stromnetzen und der Aufbau von Speichern ist auf jeden Fall sinnvoll. Die Vollversorgung im ländlichen Raum ist ein erster Schritt, aber als Perspektive ist es von Beginn an der Punkt, der Strom aus der Eifel – dort gibt es in Rheinland-Pfalz keine richtig großen Städte – muss künftig eben Köln versorgen. Köln braucht das, sonst werden sie in Köln keine Industrie haben.

Das heißt, es gibt auch eine Verantwortung des ländlichen Raums. Die Menschen wären nach dem Krieg in der Stadt verhungert, wenn das Land nicht die Kartoffeln angebaut und hingebracht hätte und man nicht einen fairen Preis vereinbart hätte. Dort kann man perspektivisch wieder hinkommen. Es gibt noch Hoffnung für Menschen wie mich, die gerne im ländlichen Raum wohnen.

So könnte das dann aussehen. Dann kommt wieder politische Freiheit ins Spiel. Es ist nachher nämlich völlig egal, ob man 50 % im Energiespeckgürtel macht, 50 % von Offshore haben will oder sich die Situation in Nordafrika verändert und wir dort vielleicht in 20 Jahren günstigen Solarstrom herbeikommen können, wonach es gerade nicht aussieht. Dieses Konzept ist aber offen dafür zu sagen, wir bauen sehr viele Windkraftanlagen in der Eifel, oder wir bauen relativ wenige. Der Preis ist dann immer, dass irgendjemand anderes diese Energie herstellt und dann zu uns exportiert. Das bietet aber immerhin eine demokratische Möglichkeit. Es wird immer von Ökoimperialismus und anderem Blödsinn geschwafelt. Dieses Konzept bietet Möglichkeiten, mehr selbst zu machen, dann hat man auch die Beeinträchtigung bei sich, oder weniger selbst zu machen, dann muss man es eben in Gottes Namen bezahlen.

Investition, Arbeit und Wertschöpfung spielen in einer ökologischen und sozialen Marktwirtschaft immer eine zentrale Rolle. Den Bau von Wind- und Solarparks, vor allem auch den Betrieb über 20, 30 oder 50 Jahre – die Solarzelle und das Solarmodul gehen schließlich nicht kaputt – muss jemand betreuen. Das spielt eine ganz wesentliche Rolle.

Wir haben den Streit im Moment bundesweit, wo wie viele Windparks gebaut werden. Ich war ganz überrascht, dass man in Rheinland-Pfalz den Weg zur kommunalen Planung ging. Wir in Baden-Württemberg mussten den Weg zur kommunalen Planung gehen, weil auf Landesebene einfach keiner planen wollte. Sie waren recht erfolgreich und sind den gleichen Weg gegangen wie die Baden-Württemberger, die quasi bei Null anfangen mussten.

Ich glaube, dass es wichtig ist zu schauen, ob eine Ortsgemeinde Windräder möchte und eine Verbandsgemeinde ausbauen möchte. Ich glaube aber auch, wenn man Bauwerke errichtet, die 200 Meter hoch werden – und perspektivisch werden sie noch höher –, man dann auch überregional planen muss. Ich glaube, dass dieser Respekt eine wichtige Rolle spielt und nicht die wirtschaftliche Situation einer Ortsgemeinde ausschlaggebend sein darf, ob man dort einen Windpark baut, sondern dass die Regionalplanung und vor allem die Windhöflichkeit ausschlaggebend ist.

Ich mache Windkraftentwicklung auch in Rheinland-Pfalz. Dort sind das Sankt-Florians-Prinzip auf der einen Seite und der Wunsch, Windräder zu haben, auf der anderen Seite jeweils so ausgeprägt, dass es extrem schwierig ist, dies lokal zu diskutieren, das nur als kleinen Wermutstropfen in den Ausbau-szenarien, die ich anpreise und einfordere.

Ganz zentral sind hier wieder die Nahwärmenetze in Kommunen – Bio steht immer in Klammern – und die Energiedörfer. Ob man Solarkraft, Hackschnitzel oder die Abwärme von Biogasanlagen einsetzt, ist eigentlich egal. Was mir ganz wichtig ist, ist diese Lastverschiebung, die schon angesprochen wurde. Eine Biogasanlage, die 8.760 Stunden im Jahr Strom erzeugt, ist blöd und genauso dumm wie ein Atomkraftwerk. Wir können aber mit der gleichen Anlage im Winterhalbjahr 80 % Strom erzeugen – und dann auch Abwärme –, und im Sommerhalbjahr nur 20 %. Dann haben wir dort ein hochintelligentes und sowohl im Sommer als auch im Winter flexibles System.

Wir werden im Sommer perspektivisch so viel PV-Strom haben – den können wir auch über zwei oder drei Tage speichern und verteilen –, dass wir dort weder KWK noch Biogas-KWK brauchen. Das war ein mühsamer Lernprozess für uns, die wir die Projekte umgesetzt haben. Das bietet aber sehr gute Möglichkeiten.

Auch dort ist das Bundeswirtschaftsministerium wieder auf der falschen Seite aktiv und möchte Biogas ganz abschaffen. Hier hoffe ich auf eine Allianz der Südländer, ähnlich wie sich die Nordländer ihre Offshore gesichert haben, dass wir uns für eine sinnvolle Biogaserhaltung einsetzen.

Jetzt zu dem, von dem ich hoffe, dass Sie das in Zukunft machen werden. Der Klimaschutzmanager ist der zentrale Mann in dieser zukünftigen Entwicklung beim kommunalen Klimaschutz. Wenn es die Frau oder den Mann gibt und wenn er oder sie engagiert ist und der Bürgermeister ihn oder sie machen lässt, dann kann man dort viel bewegen. Wenn es den nicht gibt, dann wird sich nichts bewegen. Wenn Sie diese Strukturen nicht schaffen, dann werden sie es so haben wie vor 2007. Dann gibt es nichts, und dann gibt es wieder ein System nach 2007, dann gibt es wieder einen Klimaschutzmanager. Da müssen wir wegkommen. Das bekommen die Kommunen allein nicht hin, weil auch viele im ländlichen Raum arm sind. Wenn das der Bund und das Land nicht bezahlen, dann werden Sie diese Infrastruktur vor Ort nicht haben, und dann werden Sie immer noch Heizungen aus 1980 haben, die mit Heizöl funktionieren und schlecht heizen.

Wir machen da eine ganz kluge Geschichte. Es gibt für die Kommunen, die Geld für Klimaschutz ausgeben, die sich an den Konzepten beteiligen, höhere Landeszuschüsse. Es gibt also eine Hintendran-Belohnung dafür, dass Sie sich vorne engagiert haben. Das Gegenstück dazu ist das Thema der armen Kommunen. Man muss irgendwie einen Weg finden, wenn die das nicht kriminell gemacht haben, dass sie so arm sind, dass man gerade den armen Kommunen hilft. Vielleicht kommt da das Thema Modellprojekte und Förderprogramme zusammen, dass man sagt, gerade diese Infrastrukturinvestition in Nahwärmenetze, in schnelles Internet – es macht ja keinen Sinn, zweimal die Straße aufzureißen – sollte man speziell in diesen besonders armen Kommunen voranbringen, sonst bleiben die dahinten im Loch sitzen. Die brauchen wir ganz vorne als Energieerzeugungsstandorte.

Große Solarwärme – tolle Idee, klappt wunderbar, braucht aber auch wieder Landeszuschüsse, sonst klappt sie leider nicht. Wir haben zu wenige Akteure, die solche Kraftwerke umsetzen können. Ich meine jetzt nicht Solarstrom, ich meine Solarwärme. Die kann man im Moment nur mit der großen Wurst locken. Da braucht es einfach Landesförderprogramme, damit dieser Bereich überhaupt entstehen kann.

PV ist tot, es lebe die Photovoltaik. Die Menschen haben sich so an dieses Einspeisen gewöhnt, und Einspeisen geht jetzt nicht mehr, dass viele auch intelligente und informierte Menschen denken, Photovoltaik lohnt sich nicht mehr. Das Gegenteil ist der Fall. Wenn man Eigenverbrauch hat, dann rechnet sich Photovoltaik wunderbar. Deswegen ist mein Wunsch an Sie, machen Sie wieder Kampagnen wie die Solarbundesliga und andere, Klimaschutzkommune, Solarkommune. Wir müssen den Leuten in den Betrieben und in dem Privathaus klarmachen, dass Solarstrom neben Wind die ganz zentrale Säule sein muss. Im Moment jetzt, da Solarzellen so günstig sind und die Kapitaldienste, die Zinsen, so niedrig sind, müssen wir investieren. In sieben Jahren, wenn der Zins wieder 5 %, 6 % oder 7 % kostet, wird es viel schwieriger. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, um eine große Solaroffensive in Rheinland-Pfalz zu starten.

Mein Lieblingsgesetz wäre der Zwangsaustausch aller alten Heizungspumpen bis 2020. Ich bin ja Christdemokrat und Marktwirtschaftler, aber in diesem Bereich versagt die Marktwirtschaft völlig. Es ist die intelligenteste und sich am schnellsten rechnende Investition, und die Menschen machen es nicht.

Wenn das aber wichtig ist, weil man dann zwei Atomkraftwerke abschalten kann, dann muss der Staat eben streng sein und Ordnungsrecht machen. Bei Ordnungsrecht zuckt immer mein Parteibuch, aber in diesem Fall wäre es genau das Richtige. Ein Landesgesetz in Rheinland-Pfalz, das das raus-schmeißt, wäre so legendär wie das EE-Wärme-gesetz von Tanja Gönner in Baden-Württemberg. Das Bundesgesetz kommt dann neun Monate später, aber wir brauchen einmal ein mutiges Bundesland, das da vorangeht.

Beim Netzausbau und bei der Modernisierung sind Sie, glaube ich, durch diese neugeschaffenen kommunalen Regionalversorger ganz weit vorne. Wir haben ja die EnBW, die gerade versucht, ein Regionalversorger zu werden. Sie muss sich aber noch wie eine Raupe drei Mal häuten, bis sie ein Schmetterling wird. Ihre EWRs und Stadtwerke Mainz und was Sie da alles haben sind bereit. Sie können loslegen, dass Sie da hergehen und diesen Weg mutig weitergehen und sagen: Wir stellen da als Land auch Geld zur Verfügung, das sind ja unsere eigenen Unternehmen. – Ich glaube, dann kann man viel lernen, was sich nachher auch auszahlt bei dieser Energiewende. Ich denke, wer die Schritte früh geht, wird nachher auch wirtschaftlich profitieren, weil die, die hinterher kommen, dann wahrscheinlich sehr viel mehr Geld in kürzerer Zeit ausgeben müssen.

Wer die kommunalen Heizungen – das war das, was die EDG gemacht hat – als Land nicht fördert, ist einfach wirtschaftlich dumm oder so arm, dass er gar kein Geld hat. Da bietet sich an, sich zu verschulden. Das hat Berlin gezeigt, wie es geht. Nachher kümmert sich schon einer. Ich denke, das ist am besten investiertes Geld in die Zukunft dieser Ortschaften und dieser kommunalen Liegenschaften. Man darf es eigentlich nur in den Liegenschaften nicht machen, von denen man sagt, die sind in zehn Jahren zu und weg und der Ortsteil stirbt leider. Aber in allen anderen Liegenschaften muss man eigentlich investieren.

Dann noch einmal der Punkt, wenn es zu keinem Förderprogramm reicht, weil man kein Geld oder keine Fantasie hat, dann bitte wenigstens diese Vorbildprojekte machen, dass die Idee in die Köpfe kommt, und dann geht es eben erst in vier Jahren los, aber die Projekte nicht umzusetzen, nur weil man kein Geld hat, das wäre schade.

Ich wusste, dass ich nur zehn Minuten habe und die sowieso überziehe. Deswegen habe ich in Ihnen die anderen Folien hintendran geheftet. Dann haben Sie die noch in den Unterlagen, und ich brauche Sie jetzt nicht zu langweilen.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Sie hätten uns sicher nicht gelangweilt, aber die Zeit ist dennoch knapp heute, weil wir einen Anschlussstermin haben. Ich darf mich herzlich bedanken. Ich habe keine Fragen mehr. Sie haben alle angesprochen.

Ich will eine Bemerkung machen. Das Landesgesetz würde ich jetzt in Rheinland-Pfalz auch nicht direkt umsetzen wollen. Wir haben es einmal versucht. Sie haben es ja in Baden-Württemberg mit Förderung versucht, und wir versuchen es ja auch über Stadtwerke mit Förderung. Es wäre allerdings schön, wenn das jeder verstehen würde. Ich habe einmal eine solche Heizungspumpe gekauft, aber dann muss es auch richtig eingebaut werden. Das kommt nämlich noch dazu. Wenn das geschieht, dann lohnt sich das Ding auch richtig und amortisiert sich ja sehr schnell. Sie haben viele Dinge vorgestellt, die sich sehr schnell amortisieren können.

Gibt es noch Fragen? – Herr Mittrücker, zuckt Ihr Parteibuch auch?

Herr Abg. Dr. Mittrücker: Weniger. – Herr Dürr-Pucher, darf ich das jetzt so zusammenfassen, dass Sie sagen, der klimatechnische Sachverstand müsste mehr vor Ort im ländlichen Raum etabliert werden, damit da keine Zufallsentscheidungen getroffen werden und auch, was Sie prognostizieren, der ländliche Raum durchaus als Speckgürtel für den Ballungsraum verstanden wird. Wenn dem so ist, haben Sie gesagt, wäre es hoch spannend, dass man die Klimaschutzmanager etwas ausbaut und etwas mehr etabliert im ländlichen Raum. Wie darf ich mir das vorstellen? Sind diese Klimaschutzmanager nur beratend tätig, oder sind sie mitstimmungsberechtigt, oder kann eine Kommune, eine Gebietskörperschaft oder wer auch immer die Stimmberechtigung mit einklagen oder mit einfordern? Gibt es da Fallbeispiele, wie so etwas gemacht worden ist. Das würde mich einmal sehr interessieren.

Herr Dürr-Pucher: Die Klimaschutzmanager sind vorwiegend im Rahmen dieses Bundesprogramms angestellt worden. Sie haben keine so sehr politische Wirkung. Das wäre noch ein spannender zweiter Punkt, dass man sagt, man hat vielleicht auch im Rat so jemanden, der als Klimaschutzinstitution, Ombudsmann, sich da kümmert. Das sind eigentlich wirklich Umsetzer. Sie sollen das Gewerbe beraten. Sie sollen den Bürger beraten. Sie sollen sich in der Kommune darum kümmern. Sie wickeln dann solche Themen ab wie die neue Heizung, wenn es keine EDG gibt. Sie schreiben die Anträge für die Umrüstung der Straßenlampen auf LED. Sie machen Klimaschutz ganz konkret. Das hängt natürlich dann davon ab, ob die einen Bürgermeister haben, der sie puscht, und einen Rat, der diese Projekte auch umsetzt. Manche haben da auch ein Blümchendasein, verschwinden nach drei Jahren, und dann ist überhaupt nichts passiert. Wenn es die aber nicht gibt, dann tut sich im Regelfall nichts.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Jetzt gibt es noch eine Wortmeldung. Herr Schlagwein, wenn Sie kurz formulieren und eine kurze Antwort gegeben wird, dann bekommen wir das noch hin.

Herr Abg. Schlagwein: Klimaschutzförderung und Quartiersförderung hat ja schon den Ansatz erstens Konzepterstellung und zweitens mehr Kümmere einzustellen. Sollte man nicht einfach den Schritt noch konsequenter machen und sagen: Ihr bekommt die Fördermittel nur, wenn ihr ein Konzept erstellt und dann auch verbindlich den Kümmere einstellt.

Herr Dürr-Pucher: Kurze Antwort: Ja. – Nachschub: Aber wenn dann die Projekte nicht gemacht werden, weil sie zu ehrgeizig sind, dann sage ich wieder Nein. – Das ist diese Mischung. Ich würde ein Top-Programm machen, bei dem man diese hohen Fördersätze gibt. Ich würde aber auch ein niederschwelliges Angebot für die drogenabhängigen konventionellen Energiebenutzer machen, dass es überhaupt losgeht. Ich glaube, die Mischung ist da wichtig.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Gut. Herzlichen Dank Ihnen allen dreien für die interessante Anhörung heute. Wir werden in die Auswertung dann in der nächsten Sitzung bzw. dann in die Endauswertung starten. Ich glaube, es hat gezeigt, dass kommunale Klimaschutzprojekte und Management im kommunalen Bereich sehr viel bringen, und ich gehe davon aus, wir werden das auch weiterhin aufgreifen. Herr Dr. Jung weist mich darauf hin, es gibt ja auch viele Bundesmittel dafür, die man in dem Bereich durchaus nutzen kann und nutzen sollte und die auch für klamme Kommunen durchaus attraktiv sind.

Wir kommen jetzt in die interne Beratung. Sie dürfen gerne bleiben, aber Sie dürfen auch gerne gehen. Das ist leider nur formal, was jetzt noch folgt.

Der Antrag – Vorlage 16/4873 – wird vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

**Energieeffizienz und Energieeinsparung in Rheinland-Pfalz im Kontext der
EU-Energieeffizienz-Richtlinie (EED)**

**Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
nach § 76 Abs. 2 GOLT**

– Vorlage 16/4632 –

dazu: Vorlagen 16/4847/4848/4871/4879

Der Unterausschuss kommt überein, die Auswertung des Anhörverfahrens im Rahmen der Gesamtauswertung für den Abschlussbericht vorzunehmen.

Der Tagesordnungspunkt – Vorlage 16/4632 – wird vertagt.

Elektronische Fassung

Punkt 3 der Tagesordnung:

Festlegung des weiteren Verfahrens

- a) **Erstellung eines Abschlussberichts**
- b) **Stellungnahmen der Fraktionen**
- c) **Auswertung der Anhörverfahren nach dem Zwischenbericht durch den Wissenschaftlichen Dienst**

Der Unterausschuss bittet den Wissenschaftlichen Dienst, zu den durchgeführten Anhörverfahren

1. Nahwärmenetze und Kraft-Wärme-Kopplung – Zukunft des Ausbaus in Rheinland-Pfalz (Vorlage 16/3989)
2. Die Verkehrswende als integraler Bestandteil der Energiewende – Rahmenbedingungen und Konzepte (Vorlage 16/4421)
3. Energieeffizienz und Energieeinsparung in Rheinland-Pfalz im Kontext der EU-Energieeffizienz-Richtlinie (Vorlage 16/4632)
4. Kommunaler Klimaschutz in Rheinland-Pfalz (Vorlage 16/4873)

jeweils eine Auswertung für den Abschlussbericht zu erstellen.

Der Unterausschuss kommt überein, dass die Stellungnahmen der Fraktionen im Vorfeld der nächsten Sitzung am 15. September 2015 eingebracht werden sollen.

Mit einem Dank an die Anwesenden für die Mitarbeit schließt **Herr Vors. Abg. Dr. Braun** die Sitzung.

gez. Patzwaldt
Protokollführerin